

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch
11.

Verl. im Jahr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,00 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,00 M., unter Streifenband 2,00 M. Wagnispreis: Die gebundene Wochenschrift oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Bestimmungsbefehle 6 Pf., Kellnerpreis: Die dreifachste Wochenschrift oder deren Raum im Wert 10 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme lt. der Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abbestellung: Breslau 10, Kreuzer Str. 10, 1. Etage, Telefon 2884. Bestellungen: Breslau 10, Kreuzer Str. 10, 1. Etage, Telefon 2884. Druck: „Neubau“ Berlin, Hil. Breslau, Kreuzer Str. 10.

Unterstützungsräuber schon einig?

Reichstagszusammentritt bereits im September — Rüstet zum politischen Massenstreik — Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenzen in Berlin, Essen und Halle

Die Berliner bürgerliche Presse meldet, es sei geplant, den Reichstag schon im September einzuberufen, um das Gesetz über den Abbau der Erwerbslosenunterstützung rasch anzunehmen. Die Koalitionsparteien seien sich über die vorzunehmenden Abbaumaßnahmen völlig einig geworden. So berichtet der „Berliner Lokal-Anzeiger“:

„Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß der vom Zentrum eingebrachte Staffellungsantrag, der eine Ersparnis von 45 Millionen Mark bringen soll, angenommen werden wird. Ferner soll der von den Sozialdemokraten verlangte Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent zugestimmt werden. In Regierungskreisen hofft man, für diese Regelung auch im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, der die Beratung in der zweiten Lesung wieder aufnimmt, eine Mehrheit zu finden.“

Bei dem erwähnten Zentrumsantrag handelt es sich um den Antrag Riesener-Zeuch, nach welchem die Anwartschaft auf 52 Wochen ausgedehnt werden soll und alle Arbeitslosen, die diese Anwartschaft nicht erreicht haben, eine geringere oder gar keine Unterstützung erhalten sollen. Durch diesen Antrag würde die übergroße Mehrheit der Arbeitslosen schwer getroffen werden.

Alle diese Nachrichten, der Plan, den Reichstag schon im September einzuberufen, bedeuten für die Arbeiterschaft höchsten Alarm! Die Mobilisation zur Gegenwehr, zum politischen Massenstreik, muß jetzt beschleunigt werden. In den nächsten Tagen müssen alle Kräfte eingeleitet werden, um am Tage des Wiederzusammentritts des Reichstages einen wichtigen politischen Massenstreik durchzuführen.

Die Kampffront formiert sich

Am Sonntag, dem 8. September, fanden in Berlin, Essen und Halle drei Bezirkskonferenzen von Vertretern der Betriebe und der Erwerbslosen statt. Die Konferenzen wurden von einer guten Kampfesstimmung getragen. Diesmal berieten große Delegationen der Betriebsarbeiter gemeinsam mit den Erwerbslosen, was in den Konferenzen der Vorjahre nicht der Fall war.

Die Konferenzen sprachen sich einmütig für die Propagierung und die Vorbereitung des politischen Massenstreiks gegen den Unterstützungsraub aus.

In dem Beschluß der Berliner Erwerbslosenkonferenz heißt es unter anderem:

„Die Arbeiter und Angestellten im Betrieb und auf den Stempelstellen müssen sich durch die Herstellung einer einheitlichen Front unter der Führung der kommunistischen Partei gegen den Angriff des Dreibundes — Unternehmer, Staat und Sozialfaschisten — zur Wehr legen. Die Verschlechterung der Lebenslage der Lohn- und Gehaltsempfänger wird nicht durch Verhandlungen in den Parlamenten abgewehrt, sondern durch den revolutionären Kampf der gesamten Arbeiter unter der Führung der revolutionären Opposition...“

Die Delegiertenkonferenz beauftragt den gewählten Ausschuss, zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen sofort gemeinsam mit der kommunistischen Partei, dem revolutionären Betriebsräteauschuss und der revolutionären Gewerkschaftsopposition wie allen übrigen sympathisierenden Massenorganisationen alle Maßnahmen zu treffen, um am Tage der Reichstagsöffnung eine Groß-Berliner Demonstration aller Erwerbslosen und Betriebsarbeiter durchzuführen.

In allen Betrieben und Stempelstellen müssen die Arbeiter sofort zur Organisation des Kampfes Stellung nehmen, revolutionäre Kampfleitungen wählen, und

- den politischen Massenstreik vorbereiten für folgende Forderungen:
- 1. Arbeitszeitverkürzung auf sieben Stunden pro Tag.
- 2. Beseitigung der Akkordarbeit.
- 3. Herabsetzung des Arbeitstempes.
- 4. Verweigerung jeder Lieberstunde.
- 5. Ausreichende Arbeitsbeschaffung durch Staat und Kommune zu Tariflöhnen und den gleichen Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter dieser Kategorie.
- 6. Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.
- 7. Erhöhung der Löhne.
- 8. Erwerbslosenfürsorge mit ausreichender, einheitlicher Unterstützung aller Erwerbslosen, ohne Karenzzeit, für die gesamte

Dauer der Erwerbslosigkeit, Beseitigung jeder Strafbestimmung und des Kontrollsystems.
Gegen die Spaltung von Arbeiterorganisationen und Ausschüsse revolutionärer Arbeiter durch die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, für die Schaffung revolutionärer Vertrauensmännerkörper mit der Aufgabe der Beseitigung der reformistischen Vertrauensmänner, für die Bildung von antifaschistischen Selbstschutzzorganisationen in den Betrieben.
Für die revolutionäre Einheitsfront sämtlicher Arbeiter gegen die Bourgeoisie zur Beseitigung der Koalitionsregierung!
Gegen die Herrschaft des Trustkapitals!
Gegen die Kriegsrüstungen!
Für den Schutz der Sowjetunion!
Für die Diktatur des Proletariats!

111806 Erwerbslose in Schlesien 40000 mehr als im Vorjahre

Breslau, 11. September. Für das Gebiet des Landesarbeitsamtes Schlesien, das sind die Provinzen Schlesien und Oberschlesien, wird durch die sw-Korrespondenz folgender amtlicher

Bericht verbreitet: Gegenüber der Verschlechterung der Lage in den letzten Wochen, trat in der Woche vom 29. August bis 4. September 1920 eine kleine Besserung ein. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 112 384 am Ende der Vorwoche auf 111 806 am Ende der Berichtswache, also um 0,5 Prozent, und die Zahl der Unterstützungsempfänger war eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre. Die Gesamtzahl ist von 70 784 auf 70 286, um 0,7 Prozent, und die Zahl der Arbeitslosenversicherung um 1,4 Prozent, während die Zahl der Arbeitslosen im gesamten Bezirk des Landesarbeitsamtes 72 095 (Niederschlesien: 58 288, Oberschlesien: 13 807) und die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 40 898 (Niederschlesien: 33 898, Oberschlesien 6977).

Reichsrats Sitzung auf Montag

Berlin, 10. September. Die auf Dienstagmorgen angekündigte außerordentliche Vollziehung des Reichsrates, die sich mit dem Entwurf zur Reform der Arbeitslosenversicherung beschäftigen sollte, wurde kurz vor dem angeetzten Zeitpunkt abgejagt. Die Vollziehung des Reichsrates soll nunmehr am Montag, dem 13. September, stattfinden.

Früherer Polizeioffizier als Bombenattentäter verhaftet!

Es ließ sich nicht mehr umgehen

Jehoe, 10. September. Am Dienstagnachmittag wurde im benachbarten Krempe ein früherer Polizeihauptmann im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen verhaftet und, ohne dort vernommen zu werden, alsbald nach Hamburg geschickt. Ueber die Personalien usw. wird strengstes Stillschweigen beobachtet. Der Verhaftete wurde schon längere Zeit verfolgt und gesucht. Er kam am Dienstag mit seinem Auto nach Krempe und stieg im „Kremper Hof“ ab.

Nach einer neueren Meldung soll es sich bei dem Verhafteten um den etwa 40 Jahre alten angebliehen früheren Polizeihauptmann Nidel handeln. In seinem Besitz soll eine Bombe von der gleichen Beschaffenheit gefunden worden sein, wie sie bei den Anschlägen zur Verwendung gelangt sind. Noch im Laufe der späten Abendstunden fanden die ersten Vernehmungen im Landratsamt Jehoe, wohin der Verhaftete zunächst gebracht worden ist, statt.

Außerdem wurde am Dienstag in Hamburg noch ein Bankbeamter verhaftet, in dessen Wohnung man eine Göttemaschine gefunden habe, die ebenso konstruiert sei, wie diejenige, die in Schleswig-Holstein und in Lüneburg zur Verwendung kamen.

Die Polizei hat Bed. Jetzt kann man auch verstehen, warum sie solange mit den Verhaftungen zögerte. „Frühere“ Polizeioffiziere — seit wann ist Nidel wohl nicht mehr offiziell im Dienst, denn sogenannte „private“ Verbindungen mit seinen bisherigen Kollegen hat er bestimmt noch — sind also, den von uns wiedergegebenen Meldungen der „Telegraphen-Union“ zufolge, die Attentäter. Die Verhaftungen sind den Behörden sicher schwer gefallen. Aber offenbar mußten eben schon zu viele davon, denn es wurde ja bereits mit Fingern auf die vermutlichen Attentäter gezeigt, so daß sich die Verhaftungen „leider“ nicht umgehen ließen.

Daß man bis zum letzten Augenblick alles unterdrücken wollte (es würde uns nicht wundern, wenn man sogar jetzt noch den Versuch, die ganze Angelegenheit zu vertuschen, machen und die Verhafteten wieder freilassen würde), geht u. a. aus folgender Meldung hervor: Dieser Tage war ein Konflikt zwischen Mecklenburg und Berlin dadurch entstanden, daß zwei Berliner Kriminalbeamte bei der Verfolgung von Spuren der Bombenattentäter auf zwei bereits in Mecklenburg gelegenen Gütern Hausdurchsuchungen gehalten und die betreffenden Gutsbesitzer verhaftet hatten. Dieser Vorfall hat nunmehr noch ein Nachspiel zu verzeichnen. Die beiden Gutsbesitzer

sind nicht nur wieder auf freien Fuß gesetzt worden, und man hat ihnen nicht nur das beschlagnahmte Material sofort wieder zurückerstattet, darüber hinaus hat der Sozialdemokrat Jörgiebel sich bei der mecklenburgischen Rechts-Regierung für den Übergriff seiner Beamten entschuldigt, und, was das Tollste ist, die betreffenden Beamten, die auf mecklenburgischem Hoheitsgebiet den Spuren der bombenwerfenden Faschisten nachgegangen sind, werden sogar durch Jörgiebel bestraft werden. Die Pressestelle des mecklenburgisch-schwerinschen Staatsministeriums teilt nämlich folgendes wörtlich mit:

„Auf die durch das Ministerium des Innern sofort erhobenen Vorstellungen hat der Herr Polizeipräsident in Berlin sein lebhafte Bedauern über das Vorgehen seiner Beamten ausgesprochen und die Bestrafung des dafür in erster Linie verantwortlichen Beamten in Aussicht gestellt.“

Jörgiebel also bestraft diejenigen, die es wagen, den Spuren der bombenwerfenden Faschisten nachzukommen!

Furchtbare Bluttat eines besoffenen Polizeibeamten

Rattowik, 11. September. In der Nacht zum Montag hatte ein Polizeibeamter aus Hohndicken während des Abkassierens in Rattowik im Kreise Rühmit Aushilfsdienst zu versehen. Nach Dienstschluß legte er sich in Begleitung eines Zollbeamten in ein Kasino, wo er sich einen mächtigen Rausch antrank. Gegen Mitternacht verließ er das Lokal und geriet unterwegs mit vorübergehenden Passanten in Streit. Zwei Polizeiwachtmänner, die zufällig des Weges kamen und sich in Zivil befanden, versuchten, ihren Kollegen zu beruhigen. Der betrunkene Beamte zog aber seinen Säbel und den Dienstrevolver und feuerte auf die vorübergehenden Passanten. Ein Arbeiter wurde durch einen Bauchschuß und ein Polizeiwachtmann durch zwei Lungenschüsse schwer verletzt. Der betrunkene Beamte ergriß darauf die Flucht. Mehrere des Weges kommende Arbeiter nahmen die Verfolgung auf und versuchten, den wild um sich schreienden Beamten zu entwaffnen. Bei der Verfolgung wurde ein Arbeiter noch durch einen Schuß in den Fuß verletzt. Schließlich gelang es den Flüchtling zu ergreifen und zu entwaffnen. Die Arbeiter prügelten die besoffene Bestie so sehr, daß er bewußtlos auf den Boden fiel. Von ihm verwundet wurden drei Personen ins Lazarett eingeliefert werden mußte.

Gewerbrecher Kronzeugen des Staatsanwalts

Condermeldung

Im Canton-Prozess wurden die Zeugen vernommen. Der von der Staatsanwaltschaft benannte Zeuge Mason ist ein verurteilter Verbrecher; er behauptete, daß die Streikenden zu recht geschossen hätten, daß die Polizei gar nicht geschossen hätte, und daß die Hauptangellagen Deal und Buch gerufen hätten. Schlicht überholt nieder! Der Polizist Ford, der am Vollzeiüberfall beteiligt war, ist ein Mörder, Trunkenbold und vorbestrafter Verbrecher; er setzte sich mit seiner früheren ethischen Erklärung und mit Zeugenaussagen anderer Zeugen der Staatsanwaltschaft in Widerspruch. Der Zeuge Koch, der am Vollzeiüberfall teilnahm, ist ein abgerichteter Verbrecher, ebenso der Polizist Gilbert. Der gegen sie anhängige Prozess wegen Gewalttaten im trunkenen Zustande bei dem vorangegangenen Vollzeiüberfall ist verschoben worden, um zu verhindern, daß ihre Strafliste noch länger erscheine. Sechs andere Zeugen der Staatsanwaltschaft widersprachen einander zu wiederholten Malen; sie mühten aber alle umsonst, daß die Kronzeugen ruhig und friedlich war, als sich die am Überfall teilnehmenden Polizisten näherten. Diese Zeugenaussagen verrieten eine schlechte Regie der Rechtsanwältin der Fabrikbesitzer.

Es ist der Staatsanwaltschaft nicht gelungen, die friedlichen Angeklagten der Teilnahme an der Schieberei zu überführen. Einige Zeugenaussagen widersprechen der Behauptung, daß die Streikenden sich verschworen hätten, Überholt in einen Hinterhalt zu laden. Während die Geschworenen außerhalb des Gerichtssaales waren, bezeugten die Angeklagten Carter und McLaughlin, daß sie die Beteiligung der Schieberei nur unter dem Drucke schrecklicher Folterungen zugegeben hätten. Die Angeklagten Buch und Melvin bezeugten, daß sie die Folterungen gehört hätten.

Die Lage in Oesterreich

„Verfassungsänderung“ — ein anderes Wort für offenen Faschismus

Wien, 11. September. (Fig. Ber.) Der Vorstand der christlich-sozialen Vereinigung hielt unter dem Vorsitz seines geschäftsführenden Obmannes Kunisch eine erweiterte Vorstandssitzung ab, an der auch der Bundeskanzler Stresemann teilnahm. Es wurde einstimmig der Entschluß gefaßt, die Notwendigkeit der Verfassungsänderung in Oesterreich mit allen Mitteln zu betonen und auf deren Durchsetzung hinzuwirken.

Eine der wichtigsten Forderungen der Verfassungsänderung in Oesterreich ist neben einer Stärkung der Macht des Bundespräsidenten, dem diktatorische Vollmacht bei Obstruktion des Parlaments in die Hand gegeben werden soll, neben der Errichtung einer „Ständekammer“ die Beseitigung des Bundesstaates Wien, in dem bekanntlich eine sozialdemokratische Mehrheit besteht. Die Annahme dieser Verfassungsänderung würde eine vollkommene Faschisierung Oesterreichs bedeuten.

Nachdem vor kurzem der Niederösterreichische Bauernbund korporativ den Heimwehren beigetreten war, ist jetzt diesem Beispiel auch der deutsch-österreichische Gewerbebund gefolgt. Der Eintritt in die Heimwehren wird von dem deutsch-österreichischen Gewerbebund mit dem Hinweis auf die „Verfassungsreform“ begründet.

In Oesterreich bahnt sich in immer stärkerem Maße eine Konzentration der faschistischen Elemente an, die vom österreichischen und deutschen Proletariat nicht ernst genug gewertet werden kann.

Schleifische Textilbarone bekommen Staats- und Reichsgelder

Breslau, 11. September.

Wir berichteten vor mehreren Tagen von der Anfrage des Zentrum im Landtage, in der Staatsgelder für die Neustädter Textilunternehmer gefordert wurden, und über die Forderungen aller

Das Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe hat sich entschlossen, zu dem Prozess gegen die fälschlich des Mordes beschuldigten 16 Arbeiter von Gostona eine Reihe europäischer Rechtsanwältin zu entsenden, die den Angeklagten ihren Rechtsbeistand gewährleisten sollen.

Wie bekannt, befinden sich unter den Angeklagten einige Funktionäre der Internationalen Arbeiterhilfe, die dem in Amerika allmächtigen Unternehmertum deswegen so verhaßt sind, weil sie den streikenden Textilarbeitern von Karolina Lebensmittel und Kleider gegeben und Obdach geschaffen haben. Da die Gefahr besteht, daß diese und die übrigen fälschlich beschuldigten Arbeiter dem elektrischen Stuhl ausgeliefert werden, und der Justizmord an Sacco und Vanzetti noch um ein Vielfaches überboten wird, hat die Zentrale der Internationalen Arbeiterhilfe sich an folgende Rechtsanwältin mit dem Ersuchen gewandt, in ihrem Auftrag nach Amerika zu fahren: Justizrat Dr. Barthauer-Berlin, Dr. Albert Fournier-Paris, Dr. Bartosel-Prag, Dr. Schönhof-Wien, Dr. Mayer-Doko.

Der Regisseur Erwin Piscator wandte an Charlie Chaplin, Hollywood (Kalifornien), folgendes Telegramm: „Es besteht für 16 Arbeiter Gostonas die Gefahr, dem elektrischen Stuhl ausgeliefert zu werden. Unter dem juchzenden Clinch verschiedener Justizräumer bitte ich Sie, sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen, die einen Justizirrtum verhindert. Durch Ihre Handlung wird der Welt und vor allem der amerikanischen Öffentlichkeit klar gemacht, daß die geistigen Arbeiter eine Einheitsfront bilden und ihr Bestreben zum Ausdruck bringen. Ich erwarte Ihre Material und Ihre Information, welche Aktionen Sie für notwendig halten.“

schleifischen Textilbarone nach Geldmitteln von Staat und Reich. Nunmehr hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe wie folgt geantwortet:

„Die Notlage der schleifischen Textilindustrie und deren Auswirkung auf die betreffenden Kommunen ist dem Staatsministerium bekannt. Das Reich hat bereits eine Kreditaktion für die Flachspinnereien und Flachspinnereien in ständiger Fühlungnahme mit dem Staatsministerium für Handel und Gewerbe durchgeführt. Ueber die Verhältnisse in der Baumwollindustrie ist eine Untersuchung durch das Reichswirtschaftsministerium in Fühlungnahme mit dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe eingeleitet. Das Ergebnis der Untersuchung muß abgewartet werden, bevor die Reichs- und Staatsregierung weitere Entschlüsse fassen kann.“

Die Wünsche der Unternehmer werden also reiflos erfüllt. Die Sozialdemokraten in der Landes- und Reichsregierung wissen schon, was sie ihren Auftraggebern schuldig sind.

Chinesische Truppen überschreiten russische Grenze

M. Kowno, 11. September. Wie aus Moskau gemeldet wird, telegraphierte der Oberbefehlshaber der Sowjetarmee im Fernen Osten, Blücher, daß chinesische Truppen am Dienstag die russische Grenze überschritten und die russische Stadt Grodelowo besetzten haben. Außerdem hat die chinesische Kavallerie die russische Grenze in der Nähe von Janu überschritten. Nach eingetroffenen Verstärkungen sei es der russischen Grenzwehr gelungen, die Chinesen wieder zurückzuwerfen.

„Du hast schon Schlimmeres ertragen.“
„Jetzt ertrag ich nichts mehr.“
Kereles Sandor hatte von einem Genossen Auslandspapier erhalten und liest in der Hauptstadt. Er war unter fremdem Namen als Eisenarbeiter beschäftigt. Aber er war der schweren Arbeit nicht mehr gewachsen, und der Kassenarzt hatte ihm auf einen Zettel geschrieben „L. P. T.“ Diese drei Buchstaben bedeuten „infiltratio pectoris tuberculosa“.
Die Kerze irtien selten. Jetzt lebte Kereles als Zeitungsverkäufer. Kereles Sandor begleitete Anna und Toni bis zu ihrer Haustür. Er erzählte von der Partei, von der ungarischen Revolution, von der weigen Schreckensherrschaft in Ungarn. Und Kereles jagte mit der trockensten Stimme des Augenkrankten:
„Ich komme nicht mehr nach Hause zurück, ich erlebe das nicht mehr. Ihr seid hier erst in den Anfängen. Ich würde viel dafür geben, wenn ich für die Bewegung, für die Revolution noch etwas tun könnte.“
Sie standen vor dem Hause, in dem Anna und Toni wohnten. Kereles Sandor flarrte in die Luft, schücheln deswegen, damit man ihm nicht in die Augen sehen konnte. Er fragte:
„Bohnt du hier?“
„Aber als Anna nicht, ja er es nicht. Toni unterbrach das Schweigen:
„Hast du Nachrichten aus der Heimat?“
Kereles schüttelte den Kopf:
„Meinen Bruder haben sie erhängt. Von der Frau und den Kindern habe ich nichts mehr gehört.“
Er reichte den beiden schnell die heiße Hand. Sie blinnten ihm nach, wie er durch die Straße ging, ohne sich umzuwenden. Sie küßten seiner bangen Waid, als er schon längst verschwunden war. Es war ihnen traurig zumute. Nicht wegen eines sterbenden Menschen. Zu viele Farben zing? herum. Aber wegen eines fehlenden Kampfers.“

Die Geschichte des Kereles Sandor
Ein großer Kampf bereitete sich vor. Der Abgeordnete Jandal war es, der als erster die Massen aufrief. Er schreute sich nicht, die Parole in die Welt zu schreiben, welche die anderen sich erst zususüstern begannen: „Eine neue Partei, die das Proletariat in die Revolution führt! Weg mit der überlebten alten Partei!“ Das mittelböhmisches Koflerkreuz wurde genommen. Der Kampf um die Fabriken der Hauptstadt emete genug. Jetzt ging es um die Vergleute und

Die Rote Front kann nicht verboten werden

Leipzig, 10. September. Je schärfer der faschistische Terror, desto stärker die Unterdrückungsmaßnahmen der schwarzgoldenen Herren gegen die Rote Front, desto stärker auch der eigene Wille der Arbeiter, diese Front entgegen allen Verboten des Klassenfeindes aufrechtzuerhalten und zu stärken. Am Sonnabend demonstrierten 1000 Arbeiter in verschiedenen Abteilungen des Leipziger Arbeiterfrontkomitees in der gleichen Richtung. In 12 geschlossenen Demonstrationen in voller Uniform, mit Mägen, Koppeln und Abzeichen in allen Stadtteilen. Durchschnittlich 80 Minuten lang bewegten sich die geschlossenen Rüge durch die Straßen, überall stürmisch von der arbeitenden Bevölkerung begrüßt, mit dem Kampfruf des revolutionären Proletariats: „Rote Front!“ An verschiedenen Stellen wurden noch Ansprachen zum Abschluß der Rundgebungen gehalten und überall sah man gerade Fräule, immer und immer wieder sang es „Rote Front!“ aus den Arbeiterquartieren den marschierenden Trupps entgegen. Damit hat sich auch in Leipzig, wie schon an vielen anderen Orten, der Rote Frontkämpferbund die Straße jurüderobert — die Polizei war vollkommen überrollt und wagte es an keiner Stelle, gegen die Demonstranten vorzugehen. An dem eisernen Kampfwillen der Arbeiterschaft wird das Rote Front-Verbot wie in Leipzig so im ganzen Reich zu nichts werden.

Die Antwort auf den feigen Münchener Überfall

München, 10. September. Eine neuerlich einberufene Gründungsverammlung des Antifaschistischen Schutzbundes Münchens beschloß, die Antwort auf den Überfall auf die Zusammenkünfte am Tage vorher zu veröffentlichen. Die Polizei drohte, unter allen Umständen für Ruhe auf den Straßen zu sorgen. Und trotz dem erschienen Hunderte von Arbeitern, so daß sich das Versammlungstotal als zu klein erwies. Es mußten vier weitere Lokale beansprucht werden; 100 Arbeiter traten dem Antifaschistischen Schutzbund bei. Die Mitarbeiter wählten an diesem Abend nicht, sich in den Straßen bilden zu lassen.

Kommunistische Tageszeitung für Großbritannien

London, 10. September. Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Großbritanniens, „Workers Daily“, teilt mit, daß es vom 1. Januar 1930 an als Tageszeitung erscheinen wird. Das Blatt schreibt u. a.:

„Niemand war eine Tageszeitung für die Partei so notwendig, wie jetzt in der Periode der Labour-Regierung, der Regierung der kapitalistischen Nationalisierung und der Kriegsvorbereitungen. Jeden Tag spielen sich Ereignisse ab, die die Partei aufdecken und den Arbeitern in den Betrieben erklären muß. Der Aufbau der Tagesblattfonds ist die größte politische Prüfung für unsere Partei. Das ganze Parteileben und die Parteiloyalität müssen jetzt mit der Vorbereitung für das Erscheinen der Tageszeitung in Zusammenhang gebracht werden. Dies muß eine der größten politischen Kampagnen werden, die die Partei bisher geführt hat. Ohne Opfer können wir keine Tageszeitung haben.“ „Workers Daily“ schreibt weiter, daß der Pressefonds bereits eröffnet wurde und fordert die Wertätigen zu Sammlungen auf.

Rück zur Partei!

Kowno, 10. September. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der ehemalige Innenkommissar Belosoborow, der zu den Trotskyisten gehörte, an das Politbüro der Kommunistischen Partei ein Schreiben gerichtet, daß er sich von der trockistischen Opposition trenne und um Aufnahme in die Partei bitte.

Dreizehn Todesopfer eines Autobusunglücks

Madrid, 10. September. Bei Meo Sea, in der Provinz Cordoba, fuhr ein Autobus an einer abschüssigen Stelle gegen einen Pfeiler. Der Motor explodierte und setzte den Wagen in Brand. Die Insassen wurden zwischen den Trümmern eingeklemmt. Das Unglück forderte dreizehn Todesopfer und mehrere Schwerverletzte.

ANNA

IVAN OLBRACHT
Das Mädchen vom Lande
DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 23

Die Bezeichnung Hure ist keine Beleidigung, aber das Wort Rutte ist eine tödliche Beleidigung, die sich keine ehrbare Frau der Vorstadt gefallen lassen würde. Das hier losblet wie: Du Abhub, du Leandiger, bist ja kein Straßenmädchen. Ein Straßenmädchen muß sich sein Geld schwer verdienen, friert und regnet auf der Straße ein. Der Polizeiarzt jagt sie aus, der Lude und die Hauswirtin. An jedem Nachmittage, wenn sie ein Straßenmädchen aufsteht, stellt sie den Fuß auf das Fensterbrett und untersucht mit dem Spiegel in der Hand, ob das Unglück schon da ist, das kommen muß. Und du, du willst dich ohne polizeiliche Genehmigung, ohne Mikro im Welt, bist eine unlaetere Konkurrenz für die armen Mädchen, und du willst dich größer machen als wir, und die Fürstin spielen?
Als die Tischmann ihre Angelegenheit mit der Blondin erledigt hatte, fand die Frau Wachmeister Klabus in der einen Tür, und die Tochter Katharina in der anderen. Sie trug den jüngsten Bruder im Arm, und am roten Unterkost hielt sich ihr fünfjähriges Schwesterchen fest.
Anna hörte alles in ihrer Küche. Abends erzählte sie es Toni. Toni lachte:
„Das versteht sich bei der Tischmann von selbst. Nein, nein, nein. Aber — und das bezog sich schon auf die Blondine, „der ich ganz recht gefahre.“
In der Jenseitstraße lernte Anna auch Kereles Sandor kennen, den Häftling der ungarischen Revolution. Sie begegnete ihm, als sie mit Toni spazieren gingen. Der Tod blinnte aus den Augen des Kereles, sein Händeruck war heiß.
„Was treibst du, Genosse Kereles?“
„Ich arbeite.“
„Er sagte dies ganz einfach.“

Metallarbeiter des Strauer Gebietes, um die Weber, Spinner und Holzarbeiter, um die Eisenbahnarbeiter, um die Arbeiter der Wilmener Waffenfabrik. Jandal führte. Er war immer informiert. Er wußte in jeder Lage Rat. Er war immer bereit, die Argumente seines Gegners zu zerpfücken. Er war scharf wie ein Messer, tapfer wie ein Stier und beweglich wie eine Forelle. Es gab keinen Tage, an dem er nicht in einer Arbeiterversammlung gesprochen hätte, keine Woche, wo nicht im „Volkrecht“ einer seiner Artikel erschienen wäre, die vor ihm sprächen und sich mit einem Satz des zu behandelnden Stoffes bemächtigten. Jandal war der populärste Name der Zeit. Man nannte ihn in allen Fabriken und Arbeiterversammlungen. Tausende von Hoffnungen knüpfen sich an ihn, und Hunderte harter Hände klafften Jandal entgegen, wenn er, immer ein bißchen vorgeht, und die Stirn zum Angriff vorbereitet, die Tribüne bestieg. Die Herrscher der Partei einstellten eine wilde Zetlungshege gegen ihn. In den Anschlägen kam alles vor: „Jubengel“, Verrat an den Hohenzollern, pathologische Neigungen, die Schuld an Tode von Frontsoldaten, auch die Seidenkleider seiner Frau und die Lackhuhe seiner Tochter, um einige Brillanten, goldene Ketten und ein Automobil bereichert. Abgeordneter Jandal war ein schöner, blühender Mann, mit wundervoll vorgewählter Stirn, sinnlichem Mund und mächtigem Sinn, eine interessante Mischung zwischen Muskel, Gehirn und Lebermenschen. Ein seltsames Gemisch von proletarischer Fähigkeit, intellektueller Schärfe und — Raubtier. „Abgeordneter Jandal“, das war das Schlagwort des Tages.
Toni hatte einst dem jungen Jandal unter dem Vorstadtviadukt gefagt:
„Dein Vater wird nicht mit uns gehen.“
Das war der proletarische Verstand im Arbeiter, der ihn so sprechen ließ. Aber auch dieser war nicht unsehbar. Toni hatte seit dieser Zeit oft Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß der Vater und Gatte eleganter Frauen ein guter Führer der revolutionären Arbeiter sein konnte. Das Wort „Vergelt“ hatte aber in Toni's Wörterbuch keinen Platz. Niemand hätte es je von ihm hören können. Aber die Unterdrückung unter dem Viadukt tat ihm leid, und er vergelt sie sich nicht.
(Fortsetzung folgt.)

Verantwortl. für den Inhalt: Arbeiterverlag, Berlin O 23. Druck: Arbeiterverlag, Berlin O 23. Vertrieb: Arbeiterverlag, Berlin O 23. Preis: 50 Pf.

Wieder ein Schnorrbrief des Reichsbanners an die Kapitalisten

Berlin, 11. September. (Fig. Ber.) Vor ungefähr einem halben Jahre war die kommunistische Presse in der Lage, einen Schnorrbrief öfters an die Kapitalisten zu veröffentlichen. Ganz klar wurde in diesem Brief die Rolle des Reichsbanners als Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat aufgezeigt. Ganz offen wurde in diesem Brief die Rolle des Reichsbanners als Hilfsarmee des neudeutschen Imperialismus dargestellt. Ganz deutlich wurde dort dem Reichsbanner der Weg gewiesen, den republikanischen Geldsack zu schütten. Auf diesen Brief folgte in den ersten Tagen des Augusts ein neuer Brief an die Kapitalisten, um sie zu veranlassen, für die Verfassungsfeier des Reichsbanners in Berlin Geld einzuzahlen.

Nun wird ein dritter Brief bekannt, der mit dem Datum vom 22. August des Jahres versehen ist, in dem mit kläglichen Worten noch einmal die Kapitalisten angegangen werden, Spenden für die Verfassungsfeier in Berlin einzuzahlen. Der Brief, an dessen Kopfteil die Namen des ehemaligen sozialdemokratischen Ministers Süßlum, des 48fachen Ausschritts und Demokraten Hermann Fischer, des Ministerialdirektors Karl Spießers und des Direktors Kurt Kronenbergs prangen, führt bewegliche Klage

über den Geld-Dalles, in dem sich das Reichsbanner nach der Verfassungsfeier befindet. Der Brief zeigt, daß die Verfassungsfeier in Berlin nicht nur durch ihre geringe Beteiligung, sondern auch durch die finanziellen Eingänge ein Fiasko gewesen ist.

Nach dem Brief zu urteilen, hat man weder den Sanitätsdienst während der Verfassungsfeier, noch die Vorjahren für Unfallverhütung, noch das Ehrenmal für die Gefallenen unter den Linden bezahlen können, trotz der zahlreichen Zuschüsse, die die einzelnen Berliner Bezirksämter für die Verfassungsfeier bewilligt haben.

Der neue Schnorrbrief des Reichsbanners zeigt, daß sich zwar die Kapitalisten mit Vergnügen die Dienste des Reichsbanners gefallen lassen, daß sie aber trotzdem, wenn es an den Geldbeutel geht, äußerst zugedöckert sind. Im Gegensatz zu dieser Meise standen die großen Pfingststundgebungen des Roten Frontkämpferbundes in Berlin. Sie waren nicht nur ein politischer und organisatorischer Erfolg, sie gaben auch der Organisation die Mittel in die Hand, die politischen Aufgaben zu erfüllen, ohne daß Kapitalisten und Berliner Bezirksämter Gelder zugesteuert hätten.

Kandidatenaufstellung zu den Kommunalwahlen

Das Sekretariat des Zentralkomitees teilt mit:

Die Zellen und Ortsgruppen der Partei werden in diesen Wochen — nach einer gründlichen Bilanz der kommunistischen Arbeit in den Kommunen während der verflochtenen Periode — ihre Vorschlagslisten für die neuen Kandidaten zu den Gemeindevorständen, Kreisräten und Provinziallandtagswahlen aufstellen. Das Zentralkomitee legt besonderen Wert darauf, daß die diesmalige Kandidatenaufstellung nach einer gründlichen kameradschaftlichen Selbstkritik und auf Grund einer umfassenden Kontrolle von unten seitens der breitesten Mitgliedergruppen durchgeführt wird.

Den Bezirksleitungen der Partei sind betreffs der Kandidatenaufstellungen u. a. folgende Direktiven gegeben worden, für deren reiblose Durchführung in jedem Ort die Parteimitgliedschaft verantwortlich ist:

„Die Kommunalwahlen sind durchzuführen im Zeichen der großen Wendung der Politik der Partei zu den Betrieben, zu den Massen der Fabrikarbeiterinnen, zum Jungproletariat und zur Massenarbeit überhaupt. Die Mobilisierung der Partei bei den Kommunalwahlen muß führen zur Ergänzung und Ausschärfung der Funktionärskader, zur Ausmerzung aller verfallenen und schwankenden Elemente aus den Fraktionen, zur Aufnahme zahlreicher Arbeiter und Arbeiterinnen in die Partei.“

Wir weisen deshalb erneut darauf hin, daß der Auswahl der Kandidaten die größte Sorgfalt zugewendet werden muß. Alle parlamentarischen Instinkte, alle persönlichen Ansprüche, alle Versuche der Ausreiterhaltung von „Domänen“ und „Monopolen“ bestimmter „Spezialisten“ und ähnliche sozialdemokratische Tendenzen müssen, wenn sie sich irgendwie zeigen sollten, schonungslos niedergelämpft werden.

Zuverlässige, erprobte, politische Genossen, vor allem Betriebsarbeiter und Fabrikarbeiterinnen, müssen auf diese Posten, Genossen, die in ihrem Betrieb Führer der Arbeiter sind.

Ein Drittel werktätiger Frauen — Fabrikarbeiterinnen und Arbeiterinnen — als Kandidaten, besonders in den Betrieben mit großen weiblichen Betriebsbelegschaften, muß die Regel sein. Wo Widerstände gegen diesen Proporz auftreten, muß auf Grund einer ideologischen Diskussion Aufklärung geschaffen werden, warum die vom Webdinger Parteitag beschlossene Wendung der Gesamtpartei zur Arbeit unter den werktätigen Frauenmassen ernsthaft durchgeführt werden muß.

Weiter sind überall ein oder mehrere jugendliche Arbeiter aufzustellen, die das Vertrauen der Arbeiterjugend ihres Betriebes bzw. ihres Ortes haben.

Kandidaten können nur Genossen sein, die fest zur Linie und zu den Beschlüssen der Partei stehen, und die das in der Vergangenheit bewiesen haben.

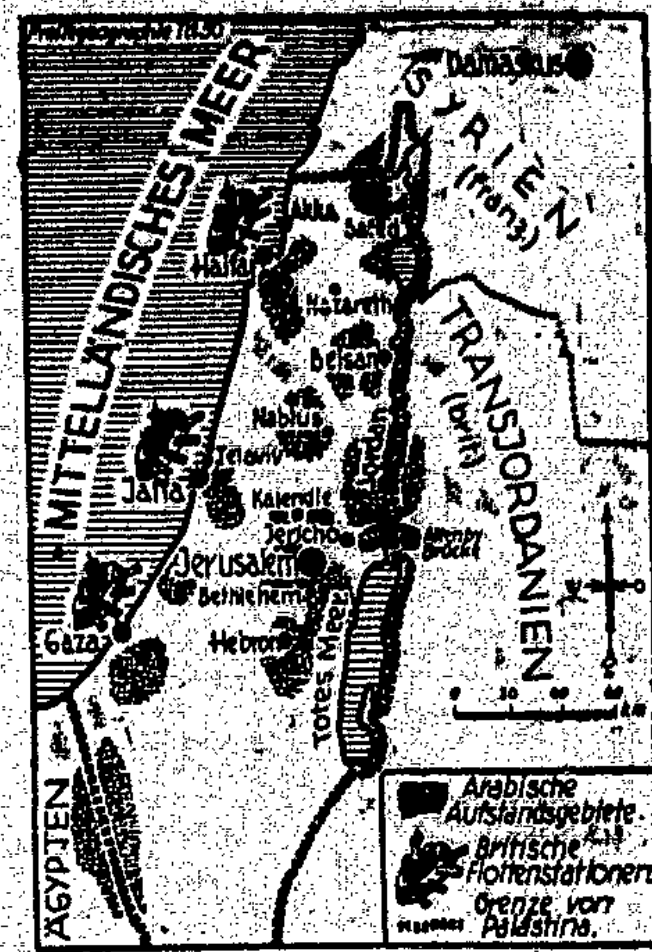
Heraus mit allen Nechten und verführerischen Elementen aus diesen Körperschaften!

Kandidatenlisten, die diesen Anforderungen nicht genügen und die vorzeitig jetzt aufgestellt wurden, sind zu annullieren.

Die Kandidaten sind in den Mitgliederversammlungen der Zellen und Ortsgruppen (nicht in den Funktionärversammlungen, wie irrtümlicherweise in einem gedruckten Material angegeben wurde) vorzuschlagen und von der Parteileitung zu bestätigen. Das Zentralkomitee wird die Kandidatenaufstellung in den wichtigsten Ortsgruppen des Reiches prüfen und bestätigen.

Die Aufstellung der Kandidaten der KPD. muß in breiterer Öffentlichkeit vor sich gehen; nur solche Genossen und Genossinnen sind aufzustellen, die die lebendige Verbindung mit den breitesten Schichten der Bevölkerung haben, und die sich durch treue Pflichterfüllung im Dienste der Arbeiterbewegung allgemeines Vertrauen erworben. Deshalb sollen die Kandidaten der Partei möglichst in Betriebsversammlungen, in Häuserklosterversammlungen, in Versammlungen der Massenorganisationen öffentlich vorgeschlagen werden und ihre Aufstellung unter der Kontrolle der Massen vor sich gehen.

Macdonalds „sozialistische“ Kolonialpolitik



500 Araber verhaftet

Jerusalem, 10. September. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: Im Zusammenhang mit den Unruhen der letzten Wochen sind bis jetzt insgesamt 500 Araber verhaftet worden. Den Verhafteten, unter denen sich auch Polizisten befinden, wird Beteiligung an den Überfällen auf die jüdische Bevölkerung zur Last gelegt. Auf beiden Seiten hat jetzt eine Handelsboikottbewegung eingesetzt.

Sali Sternilli wird gefoltert

Tirana, 10. September. Der albanische Nationalrevolutionär Sali Sternilli, der von der herriben Polizei an Albanien ausgeliefert und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wird im Gefängnis von Tirana furchtbar gefoltert. Die albanische Presse schweigt die ganze Affäre tot. Die Regierung will ihn langsam ermorden, wie sie es mit anderen Revolutionären gemacht hat. Es ist die Aufgabe des internationalen Proletariats, gegen die Barbarei der albanischen Genfer zu protestieren und für die Freilassung Sternillis und aller revolutionären Kämpfer energisch einzutreten.

Auch die finnischen Gewerkschaften sollen gespalten werden

Stockholm, 10. September. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Finnlands hat für den 29. September eine gewerkschaftliche Reichskonferenz in Helsingfors einberufen. Er fordert durch die Parteipresse die verschiedensten Arbeiterorganisationen auf, sich auf dieser Konferenz vertreten zu lassen. Die Delegierten sollen gewerkschaftlich organisiert sein und müssen der Sozialdemokratischen Partei angehören. In der Bekanntmachung des Parteivorstandes heißt es, daß die Konferenz einberufen worden ist, um die Lage in der Gewerkschaftsbewegung zu behandeln.

Die Einberufung dieser Konferenz bedeutet nichts anderes, als die offene Vorbereitung zur Spaltung der bisher einheitlichen finnischen Gewerkschaftsbewegung, in der die Sozialdemokraten nur eine hoffnungslose Minderheit darstellen. Sie haben in der letzten Zeit, wenn auch verdeckt, mit Spaltung gedroht, seitdem der im Mai abgehaltene Gewerkschaftskongress gezeigt hat, daß sie weniger als den fünften Teil der Mitgliedschaft beeinflussen. Daß die Spaltung auf der Konferenz beschlossen werden soll, geht aus verschiedenen Äußerungen ihrer Parteipresse hervor, wo die Passivität der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder damit erklärt wird, daß sie bald nicht mehr verpflichtet sein werden, den Gewerkschaften anzugehören. Die sozialdemokratischen Führer wissen, daß ihnen nur ein beschwindend kleiner Teil der Gewerkschaftsmitglieder folgen wird, aber ihr Austritt wird eine wesentliche Verstärkung der politischen Verfolgungen gegen die von den Kommunisten beherrschte Gewerkschaftsbewegung hervorrufen, und das ist es gerade, was sie erreichen wollen.

Kommunistische Partei Mexikos illegal!

Mexiko, 10. September. „El Machete“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Mexikos, ist inmitten des gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern herrschenden Terrorregimes unterdrückt worden. Die Polizei verübte einen Überfall, zerstörte die Druckmaschinen und verhaftete die Redakteure Gonzalez und Lorenz, sowie drei andere Kommunisten. Die Zeitung war wegen ihrer Kampfschloffenheit in der letzten Zeit häufig verboten worden. Die gegenwärtige Unterdrückung findet inmitten der Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen statt, und die kommunistische Partei Mexikos ist illegal gemacht worden.

Guter Stand des Berliner Rohrlegerstreiks

Unternehmer verbreiten Flugblätter des DWA!
Der Streik der Berliner Rohrleger geht gut. Bis jetzt haben bereits 42 Firmen den Tarifvertrag der Rohrleger-Vereinigung unterschrieben. Am Sonnabend ist eine ganze Anzahl solcher Kollegen, die größtenteils im DWA organisiert sind, und deren Belegschaften noch nicht ganz vom Streik erfaßt waren, zu den Streikenden gestoßen. Die Bauarbeiter beteiligen sich aktiv am Kampf der Rohrleger, sie sammeln Gelder für die Streikenden und halten die Streikbrecher von den Bauten fern.
Die Unternehmer haben von sich aus den in ihrem Auftrage auswärts arbeitenden Rohrlegern die Flugblätter des DWA zugesandt. Ferner versuchen die Unternehmer mit allen Mitteln, ausländische Metallarbeiter nach Berlin zu ziehen. Es wird daher an alle Kollegen der Metallbranche der Appell gerichtet, sich nicht von den Unternehmern einfangen zu lassen, sondern Solidarität zu üben.

Lustmord an einer Dreijährigen Beitrag zur Moral der „besseren“ Kreise

Bularest, 10. September. Vor einigen Monaten befand sich ein rumänischer Staatsrat mit seiner Gattin in Bularest. Bei den verschiedenen Veranstaltungen der „besseren“ Gesellschaft traf das Paar öfters mit einem Armenier zusammen, der ebenfalls den „höheren“ Gesellschaftsschichten angehört. Dieser Armenier verliebte sich in die Frau des Staatsrates und küßte sie eines Tages in Gegenwart ihres Mannes und anderer Gäste im Vestibül des Hotels ab. Voller Wut stürzte sich der Staatsrat auf den Armenier und ohrfeigte ihn. Ehe sich der Gezüchtigte zur Wehr setzen konnte, wurde er aus dem Hotel entfernt. Anderen Tags war er spurlos verschwunden.

Einige Zeit später verschwand das dreijährige Kind des Staatsrates. Es wurde keine Spur von dem Mädchen gefunden. Dieser Tage erhielt die Frau Staatsrat ein größeres Paket durch die Post zugestellt. Als es geöffnet wurde, fand man darin die zusammengeschnürte Leiche des vermißten Kindes. In den verkrampften Händen hielt es einen an die Frau Staatsrat gerichteten Brief folgenden Inhalts:

„Gnädige Frau! Sie werden sich des Rencontres, das ich Ihnen mit Ihrem Gatten Anfang Februar in Bularest hatte, gewiß erinnern. Rasch ist ich. Was mir damals von der Mutter verlagert blieb, holte ich mir gewaltsam bei Ihrem Kinde. Hiermit ist meine Rache, die ich wegen der mit von Ihrem Gatten angebotenen Beleidigung haben wußte, erfüllt. Ramatba.“

Die Untersuchung der kleinen Leiche ergab, daß an dem Mädchen ein schreckliches Sittlichkeitsverbrechen verübt wurde. Den Täter findet man nicht.

Reihen gestochen hat. Sicher gehörte dieser Förster nach dem Stahlhelm an, als dieser zur Stunde, da in Wuir das Unglück passierte, in der dortigen Gegend eine seiner üblichen „Uebungen“ und Militärspielerien abhielt. Mit „Uniform“ und mit der schwarzweizenroten Kofarbe gezier, hat dann auch „Kamerad“ Alban Förster, der Schuft, immer feste mitgeholfen und — gellaut.

Schweres Sittlichkeitsverbrechen an einer Fünfzehnjährigen

Altenburg, 10. September. Am Montagabend fand die Gendarmerie den seit Sonntag verschwundenen 30jährigen Gebhardt und die fünfzehnjährige Dienstmagd Rohle in einer Scheune auf. Gebhardt hatte das Mädchen am Sonntag zu sich gelockt, es dann in die Scheune geschleppt, und dort auf die brutalste Weise vergewaltigt. Die ganze Nacht über hat er das Mädchen vollkommen entleidet festgebunden und sich an ihr in unmenschlicher Art vergangen.

Nur wer die Gehrucht kennt...

Im neuesten „Angriff“, dem Organ der Berliner Nazis, finden wir folgendes nette Injerat:
Parteiengenossin,
27 Jahre, ersehnt tüchtigen Klempner zwecks Heirat. S. Sch. 152.
Was mag's da wohl zu verlöten geben? Ist etwa der Klempnerladen eines seligen — ersten — Gatten zu reparieren, oder rechnet die sehnsüchtige Nazifrau damit, daß ein Klempner im nächsten Stahlbad zuerst einen solchen Baden sein eigen nennen dürfte? Oder ist vielleicht das raffige Gebiß der holden Husnelda bereits so ramponiert, daß sie keine Margisten mehr fressen kann?
Doch was wollen solche profanischen Erwägungen angesichts dieses erschütternden Sehnsuchtsrufes bejagen! Welcher (noch) freie teutische Klempner wird sich ihm verschließen können?
Im Namen des großen Adolf — Hitler heraus!

Stahlhelmer als Leichenfledderer

Sie bestehlen die Toten von Wuir
Wir entnehmen der „Rheinischen Zeitung“: Nun ist es heraus! Das niederträchtige Subjekt, das in Wuir mit noch einem anderen Kerl bei der Verunglücktenbergung nach der Eisenbahnkatastrophe die Leichen bestahl und jetzt im Kölner Klingelpütz festhält und seiner verdienten Strafe entgegensteht, ist ein treudeutscher „Held und Befreier“, nämlich das Stahlhelm-Mitglied Alban Förster! Mag sein, daß ihn mittlerweile die Organisation bereits aus ihren

Wie stimmte die SPD?

Was wurde in erster Lesung im Sozialpolitischen Ausschuss beschlossen?

Die Sozialdemokraten rühmen sich in ihrer Presse der „Standhaftigkeit“ gegenüber den Angriffen auf die Erwerbslosenversicherung. Besonders die „linke“ sozialdemokratische Presse lobt die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder über den grünen Klee. Wir haben zwar bereits diese „Standhaftigkeit“ bei den verschiedensten Gelegenheiten richtig gekennzeichnet, aber um den Sozialdemokraten endgültig ihr demagogisches Handwerk zu legen, geben wir heute eine chronologische und dokumentarische Darstellung über die Haltung der Sozialdemokraten zu den einzelnen Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung bei den Abstimmungen im Sozialpolitischen Ausschuss bei der ersten Lesung.

Bewaltungsmahnahmen

§ 46 a lautet: „Der Vorstand ist verpflichtet, die Dienststellen der Reichsanstalt durch besondere Prüfer laufend nachprüfen zu lassen. Die Prüfung erstreckt sich insbesondere darauf, ob die Dienststellen die gesetzlichen Vorschriften sowie die Ansätze des Haushaltes eingehalten haben, bei den Ausgaben außerdem darauf, ob die Dienststellen die verfügbaren Gelder sparsam und zweckmäßig bewirtschaftet haben.“

Mit diesem Paragraphen bezweckt man weitere rigorose Einsparungen auf Kosten der Erwerbslosen. Für den Paragraphen stimmten die Sozialdemokraten. § 171 Absatz 3 lautet: „Die Beauftragten des Arbeitsamtes sind berechtigt, die Wohnung einer Person, die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder beantragt hat, zu betreten, wenn das Arbeitsamt dies zur Feststellung, ob die Voraussetzungen der Unterstützung vorliegen, für erforderlich hält.“

Für diesen Spitzel- und Schnüffelparagraphen stimmten die Sozialdemokraten.

§ 180 Absatz 1 lautet: „Hat der Spruchauschuss die Entscheidung des Vorstehenden einstimmig bestätigt, so ist die Entscheidung endgültig.“

Für diesen Paragraphen, der von nun an den Erwerbslosen das Recht auf Berufung nimmt, stimmten die Sozialdemokraten.

Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit

§ 74 lautet: „Die Versicherungsfreiheit erlischt 12 Monate vor dem Tode, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet, falls für diese 12 Monate ein wöchentliches Arbeitsentgelt von mindestens 6 Reichsmark oder ein monatliches Arbeitsentgelt von mindestens 25 Reichsmark vereinbart ist.“

Durch diesen Paragraphen scheidet ein erheblicher Teil der Lehrlinge aus der Versicherung aus und kann keinerlei Unterstützung mehr erhalten. Die Sozialdemokraten stimmten dafür.

§ 75 a Absatz 1 lautet: „Geringfügige Beschäftigungen, die nicht von Personen, die berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegen, berufsmäßig ausgeübt werden, sind versicherungsfrei.“

Durch diesen Paragraphen werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen, mit Ausnahme der Kurzarbeiter, die unter 24 Stunden in der Woche arbeiten, aus der Versicherung herausgeworfen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten.

§ 75 b lautet: „Unständig Beschäftigungen sind nur versicherungspflichtig, soweit der Verwaltungsrat der Reichsanstalt dies mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers anordnet.“ Durch diesen Paragraphen fliegen alle unständig Beschäftigten aus der Versicherung. Dafür stimmten die Sozialdemokraten.

§ 75 c Absatz 2 lautet: „Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Tätigkeit weiterer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und von Heimarbeitern von der Versicherungspflicht befreien. Er kann ferner mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzes regeln.“

Durch diesen Paragraphen können die Heimarbeiter restlos aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden und sind daher im Falle der Arbeitslosigkeit ohne Unterstützung. Angenommen mit den Stimmen der Sozialdemokraten.

§ 116 a lautet: „Neben die Arbeitslosenunterstützung für 1. Personen, die unständig Beschäftigt zu sein pflegen, 2. Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter kann der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers Vorschriften erlassen, die von denen der §§ 57 bis 116 abweichen.“

Dieser Paragraph bedeutet also, daß der Arbeitsminister auf dem Verordnungsweg über alle Bestimmungen des Gesetzes noch hinausgehen und die in Frage kommenden Gruppen (unständig Beschäftigte, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter) mit direkter Wirkung aus der Versicherung nehmen kann. Angenommen mit den Stimmen der Sozialdemokraten.

Wer ist arbeitslos?

§ 89 Absatz 1 lautet: „Arbeitslos ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender, oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann, oder im Betriebe des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern (bei Adam und Eva) von Abstammungen oder Geschwistern den gemeinsamen Lebensunterhalt mitverwirbt oder miterwirbt, falls ihm dies unter Berücksichtigung der Nebligkeit (!) und seines Wohnortes zugemutet werden kann.“

Durch diesen Paragraphen können Hunderttausende, die bis jetzt noch Unterstützung erhalten konnten und als Arbeitslose im Sinne des Gesetzes galten, aus der Arbeitslosenversicherung entfernt werden. Angenommen mit den Stimmen der Sozialdemokraten.

Leistungsabbau bei den Krankenkassen

§ 119 Absatz 1 lautet: „Für die Berechnung des Grundlohnes treten an die Stelle des auf den Kalendertag entfallenden Arbeitsentgeltes 10 v. H. (bisher 7 v. H.) des wöchentlichen Einheitslohnes, sofern der Reichsarbeitsminister nichts Abweichendes bestimmt.“

Durch diesen Paragraphen werden aus den Krankenkassen 50 Millionen herausgeholt, die Folge wird daher sein, bei der allgemeinen schlechten Lage der Krankenkassen, daß ein allgemeiner Leistungsabbau oder eine Erhöhung der Kranken-

lassendeiträge eintreten wird. Angenommen mit den Stimmen der Sozialdemokraten.

Verlängerung der Sperrfrist

§ 93 a lautet: „Die Stelle, die für die Entscheidung über die Unterstützung zuständig ist, kann die vierwöchige Sperrfrist bis auf zwei Wochen abkürzen, wenn die Lage des Falles eine milde Beurteilung rechtfertigt. Sie kann sie in schwereren Fällen, insbesondere im Wiederholungsfall, bis auf acht Wochen verlängern.“

Angenommen von den Sozialdemokraten.

§ 93 b Absatz 3 lautet: „Die Sperrfrist endet spätestens sechs Monate nach ihrem Beginn.“ Dieser Paragraph spricht für sich selbst. Er bedeutet, daß Erwerbslose beim Laufen mehrerer Sperrfristen bis zu sechs Monaten keine Unterstützung erhalten sollen.

Verschlechterungen des Berechnungssystems

§ 105 Absatz 2 lautet: „Maßgebend ist das Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten 28 Wochen oder, wenn das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen war, im Durchschnitt der letzten sechs Monate seiner Arbeitnehmerschaft vor der ersten

Das Verbrechen an den Saisonarbeitern

Von Heinz Gersch, Berlin

Unternehmer und Gewerkschaftsführer, die Parteien der Deutschen bis zu den Sozialdemokraten sind sich darüber einig, daß die Saisonarbeiter bei dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung am meisten bluten sollen. Die Vorlage Biffells, wie auch die Anträge der Fraktionen im Sozialpolitischen Ausschuss, zeigen diese einheitliche Linie auf. Am 5. September sind in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses zwar vorläufig alle Anträge und auch die Vorlage Biffells gefallen. Jedoch hat der Sozialdemokrat Grafmann erklärt, daß die Sozialdemokraten prinzipiell mit dem Antrag der Demokratischen Partei einverstanden seien, nur sei er ihnen noch zuwenig durchsicht.

Der Antrag Schneider und Tanzen sieht, neben der Festlegung der Anwartschaftsdauer bei erstmaliger Arbeitslosigkeit auf 78 Wochen, vor, die Unterstützung der Saisonarbeiter auf die jeweilig festgelegten Sätze der Krifenfürsorge herabzusetzen, außerdem die Ver-

längerung der Wartezeit auf 21 Tage. Mit diesem Antrage will die demokratische Fraktion 21 Millionen Mark mehr „einsparen“, als die Vorlage Biffells.

Keine Stempelstelle Erwerbslosen-Ausgabe

barf es in Schlesien und Oberschlesien geben, auf der nicht die zum Verkauf gelangen würde. Organisiert sofort überall den Vertrieb!

Wenn die Sozialdemokraten hierzu ihre Zustimmung geben wollen, so entspricht das durchaus der Politik, die sie bisher betrieben haben. Wir erinnern daran, daß sie bei der Schaffung der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter mitgewirkt und zugestimmt haben. Damals hatte der Abgeordnete Müller (Sichtenberg) einen Antrag eingebracht, wonach die Unterstützungssätze der Saisonarbeiter auf fast die Hälfte in den oberen Lohnklassen gekürzt werden sollten. Dieser Antrag lag dem Sachverständigenausschuss nebst einer zahlenmäßigen Berechnung seiner Auswirkung als Material vor.

Womit wird nun der demokratische Antrag begründet? Bereits am 14. Mai verlangte der Abgeordnete Tanzen im „Berliner Tageblatt“:

„Man muß sich entschließen, die Saisonarbeitslosigkeit ganz herauszulassen, und man wird mit annähernd der Hälfte der Unterstützungsempfänger die stärkste und auf die Dauer untragbare Belastung beistigen.“

Und am 17. Mai schrieb dasselbe „Berliner Tageblatt“:

„Die Verlängerung der Anwartschaftszeit ist wohl so gedacht, daß bei den Saisonarbeitern die Versicherungsleistung erst in einem Zeitpunkt einsetzt, in welchem sie die bei den hohen Saisonarbeiterlöhnen möglichen Rücklagen verbraucht haben.“

Und weiter wurde angeführt, daß die „hohen“ Löhne der Saisonarbeiter eine erhebliche Kürzung der Unterstützung durchaus zulassen. Wie sehen nun die „hohen“ Löhne der Saisonarbeiter aus?

Zunächst muß festgestellt werden, daß zu den Saisonarbeitern nicht nur die Maurer, Zimmerer, Stukkateure, sondern auch die Berufsgruppen Land- und Forstwirtschaft, einige Zweige aus der Industrie der Steine und Erden (Ziegeleiarbeiter), ebenso Arbeiter aus dem Verkehrsgewerbe, Bauhilfsarbeiter, Tiefbau- sowie Fabrikarbeiter aus der Gruppe Lohnarbeit wechselnder Art gehören.

Schon aus dieser Berufsgruppierung geht hervor, daß die Argumente der Unternehmer, der Demokraten und Sozialdemokraten über die „hohen“ Löhne der Saisonarbeiter völlig daneben gehen. Wir sind aber auch in der Lage, durch amtliche Zahlen über die wirklich gezahlten Löhne der Saisonarbeiter zu beweisen, daß Rücklagen nicht gemacht werden können.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 13 vom 5. Mai 1929 erhielten am 15. März 865 144 Saisonarbeiter Unterstützung. Diese Unterstützten gruppieren sich in folgende Lohnklassen:

9244 bis 10 RM.	88028	24-20 RM.	82046	48-54 RM.
20069 10-14 RM.	150493	30-26 RM.	65795	54-60 RM.
34522 14-18 RM.	152510	26-42 RM.	83728	über 60 RM.
61445 18-24 RM.	128810	42-48 RM.		

Also 523 787 oder 59,1 v. H. verdienen unter 42 Mark, 277 611 oder 31,1 v. H. verdienen 42-60 Mark, und nur 83 726 oder 9,5 v. H. über 60 Mark die Woche. Biffell ist Herr Tanzen und auch Herr Grafmann in der Lage, zu erklären, wie man bei diesen Verdiensten eine Rücklage für den Winter machen kann.

Dazu kommt, daß die Saisonarbeiter nicht etwa die Möglichkeit haben, den ganzen Sommer hindurch zu arbeiten. Auch hierüber

Arbeitslosmeldung bezogen hat, die dem Erwerbe der Anwartschaft auf die Unterstützung folgte.“

Da bisher als Durchschnitt die letzten 13 Wochen berechnet wurden, bedeutet dieser Paragraph eine erhebliche Verschlechterung. Die Sozialdemokraten stimmten dem zu.

Verschlechterungen der Anwartschaft

§ 98 a Absatz 1 lautet: „Für den Erwerb der Anwartschaft werden von einer Beschäftigung, während der die Arbeitszeit des Arbeitnehmers nicht mehr als 24 Stunden in der Kalenderwoche betragen hat, zwei Arbeitstage für einen berechnet.“

Für diese Verdoppelung der Zeit der Anwartschaft für bestimmte Arbeiter gegenüber dem jetzigen Zustand stimmten auch die Sozialdemokraten.

Diese dokumentarischen Beweise müssen überall auf den Stempelstellen und in den Betrieben den sozialdemokratischen Arbeitern vorgehalten werden, damit sie erkennen, welches schamlose Spiel die sozialdemokratisch geführte Regierung und die sozialdemokratischen Abgeordneten mit ihnen treiben. Ausdrücklich bekennen sich die Sozialdemokraten zu den bisher gefaßten Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses und behaupten, es seien bisher nur Verbesserungen beschlossen worden. Wie jeder Arbeiter erleben kann, hat die SPD ungeheuren Verschlechterungen zugestimmt. Aber das Schlimmste steht noch bevor, gegenwärtig berät man hinter den Kulissen den direkten Unterstützungsabbau, zu dem auch die Sozialdemokraten willfährig ihre Hand reichen. Es ist daher das höchste Gebot der Stunde, überall Kampfausschüsse gegen den schamlosen Unterstützungsraub zu bilden.

Können wir einwandfreie Zahlen bringen. Nach einer Statistik der „Gewerkschaftszeitung“, Nr. 34 vom 24. 8. 1929, waren von 100 Mitgliedern der Gewerkschaften vollarbeitslos:

	in den Konjunkturgruppen	in den Saisongruppen
März 1929	10,6	43,3
April 1929	9,2	19,2
Mai 1929	8,6	11,0
Juni 1929	8,0	9,2
Juli 1929	8,6	8,9

Diese Aufstellung zeigt, daß die Arbeitslosigkeit der Saisongruppen in den Monaten des Jahres, wo sie eigentlich voll beschäftigt sein sollen, um nach Herrn Tanzen die Rücklagen für den Winter machen zu können, noch immer größer ist, als wie in den Konjunkturgruppen. Wir stellen fest, die Saisonarbeiter haben zwar nicht die ihnen angebotenen Löhne, dafür aber geringere Arbeitsmöglichkeiten als die übrigen Berufsgruppen. Wenn diesen Arbeitern nach dem Antrag der Demokraten, dem die Sozialdemokraten zustimmen wollen, die Unterstützung gekürzt wird, so ist das geradezu ein Verbrechen.

Die Einigung ist bisher nicht zustande gekommen. Sie wird in den kommenden Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses erfolgen. Der Präsident der Reichsanstalt ist sehr besorgt um dieses Zustandekommen. Er hat bereits einen Mahnruf erlassen, damit sich die Parteien möglichst bald einigen, um die Reichsanstalt vor neuen Verlusten zu bewahren.

Die Saisonarbeiter sollten das als ein Warnsignal ansehen, um in erster Linie mit den Erwerbslosen den Kampf zur Verhinderung des Unterstützungsraubes aufzunehmen. Am 30. September läuft die jetzige Sonderfürsorge für Saisonarbeiter ab. Jeder Saisonarbeiter sollte dafür sorgen, daß er nach Ablauf dieses Termines im Falle der Arbeitslosigkeit seine Unterstützung, entsprechend den gezahlten Beiträgen, erhält. Darüber hinaus müssen die Saisonarbeiter für einen Ausbau der Erwerbslosenversorgung nach den Anträgen der kommunistischen Vertreter im Reichstag energisch eintreten.

Erwerbslose schreiben: Oberschlesien

Die Mittel für Notstandsarbeiten gestrichen

Bekanntlich gibt es in Oberschlesien Tausende und aber Tausende von Erwerbslosen, die dazu verurteilt sind, Dauererwerbslos zu bleiben. Während früher jeder Erwerbslose das Recht hatte, schon nach 13 Wochen Arbeit in den Genuss der so wiewohl geringen Unterstützung zu kommen, ist heute die Lage nach Inkrafttreten der Erwerbslosenversicherung so, daß jeder Erwerbslose 26 Wochen Arbeit nachweisen muß, bevor er in den „Genuss“ der Unterstützung kommt. Wie schon gesagt, ist auf dem Arbeitsmarkt für diese Erwerbslosen keine Arbeitsmöglichkeit vorhanden. Der Bedarf an Notstandsarbeit betrug für dieses Jahr circa 7 Millionen Mark. Seitens des Reiches wurde aber nur die Hälfte in Aussicht gestellt. Das führte dazu, daß jeder Erwerbslose nur 13 Wochen Notstandsarbeit erhielt und er sich die übrigen 13 Wochen auf dem freien Arbeitsmarkt Arbeit suchen sollte. Es klingt wie eine Verhöhnung und ist auch eine, denn niemals erhalten die Erwerbslosen auf dem freien Arbeitsmarkt Arbeit. Die Familien verelenden langsam und gehen zugrunde und Professor Gruber erreicht damit, daß die 20 Millionen Menschen, die zuviel sind, verschwinden. Die Kommunen wollen nicht und teilweise können sie auch nicht die notwendigen Mittel beschaffen. Das Reich aber hat nur Mittel für Panzerkreuzer und Konkordate. Nun hören wir, daß auch diese 3,6 Millionen um 40 Prozent seitens des Reiches gestrichen werden. Was wird werden? Sollen die Erwerbslosen verhungern? Arbeiter, wehrt euch! Im Verein mit der kommunistischen Partei, wenn ihr geschossen hinter ihr steht, muß es gelingen, daß die große Not wenigstens gemildert wird. Dazu gehört aber rücksichtsloser Kampf. Laßt euch nicht einfließen von den böigen Reben der schwarzen Brüder und ihren Helfern, den Sozialverrätern!

Hallo!

Genossen! Habt ihr schon die Wochen- ausgabe bestellt? Habt ihr schon den Ver- trieb für die Wochenausgabe organisiert?

Holt's nach! Gebt sofort Bestellungen auf!

Breslau

Erwerbslose, Notstands- und Betriebsarbeiter! Heraus zur

Protestversammlung gegen den Unterstützungsraub

am **Donnerstag, 20. Uhr**, im **Zentralballsaal**, **Westerndstraße**. Tagesordnung: 1. Die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung. (Referent hierzu ein Reichstagsabgeordneter.) 2. Unsere Forderung auf Winterhilfsmassnahmen für Erwerbslose und Notstandsarbeiter. (Wirtschaftsbeihilfe usw.) Erwerbslose und Betriebsarbeiter! Es geht um eure Existenz! Erscheint in Massen! Eintritt zur Deckung der Unkosten 10 Pfennig. Der Landes-Erwerbslosen-Ausschuss und die Notstandsarbeiter-Vertretung

An alle Mitglieder der Roten Hilfe!

Am 15. September findet die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz der Roten Hilfe, Bezirk Schlesien, statt. Während die letzte außerordentliche Bezirkskonferenz im Zeichen der Sammlung aller dortigen Mitglieder stand, die gewillt waren, mit der Glatzer-Gruppe zu brechen und wirkliche Solidarität zu üben mit allen politischen Gefangenen und deren Angehörigen, muß die bevorstehende Konferenz ein Zeichen dafür sein, daß auch die letzte Ortsgruppe, daß auch das letzte Mitglied sich hinter den neuen Zentralvorstand stellt, um mit diesem gemeinsam die uns bevorstehenden schweren Arbeiten durchzuführen.

Alle Ortsgruppen haben Anweisungen über den Wahlmodus und die Tagesordnung der Konferenz erhalten, eine jede Ortsgruppe muß auf der Konferenz mit einem Delegierten vertreten sein, als erneuter Beweis dafür, daß sie gewillt ist, den Gläser und Konjorten das verbrecherische Handwerk zu legen.

Die Delegierten müssen sofort unter Angabe ihrer Adressen dem Bezirksvorstand gemeldet werden. Beginn 10 Uhr im Lokal „Zur Stadt Ramslau“ (Endstation der Linien 14 und 24 der elektrischen Straßenbahn). Im übrigen verweisen wir auf das letzte Rundschreiben.

Rote Hilfe Deutschland, Bezirkssekretariat Schlesien.

Zimpeler „Raubüberfall“ aufgeklärt

Der angebliche Raubüberfall in Zimpel hat seine Aufklärung gefunden. Es steht nunmehr einwandfrei fest, daß der Gärtnerlehrling B. sich den Schuß selbst beigebracht hat. B. ist im Besitz eines Zerstörers (Kal. 6 mm) gewesen. Diese Waffe trug er am fraglichen Abend bei sich. Aus bisher unbekannten Gründen — wahrscheinlich hat B. mit der Waffe gespielt — ging ein Schuß los und traf den B. in den Unterleib. Aus Furcht, daß er von seinen Lehrern, die von dem Waffenschuß keine Kenntnis hatten, bestraft werden würde, hat B. einem Zeit seiner Mitschüler, seinen Lehrern und der Polizei die Angaben über den angeblichen Überfall gemacht. Die Waffe sowie die dazugehörige Munition wurden aufgefunden. Das Befinden des Verletzten ist zufriedenstellend. Lebensgefahr besteht nicht mehr.

Zu dem tödlichen Straßenunfall an der Lutherstraße, den wir gestern meldeten, ist nach Nachfragen, daß es sich um die 55jährige Frau S z o w s k i, Feldstraße 17, handelt, die von dem Straßenbahnwagen überfahren wurde.

Vermerkt werden: der 16jährige Väterlehrling Ernst Kretschmer, Gumblitzer Straße 112; die 19jährige Hausangestellte Marie Sacha, Walberstraße 30; der 20jährige Arbeiter Reinhold Häusler, Trebnitzer Straße 54; die 15jährige Berufslöse Charlotte Kerchbauer, Springerstraße 12; der 15jährige Arbeitsbursche Gerhard Soma, Antonienstraße 17.

Ein Wohnungsschwindler festgenommen. Der Gärtner Hans Henz, Boyrauer Straße 52, wurde wegen Wohnungsschwindsels festgenommen. Er hat in fünf Fällen Wohnungsuchenden angeboten, eine Wohnung zu besorgen, hat ihnen Anzahlungen abgenommen, und ließ sich dann nicht mehr sehen. Durch gefälschte Schreiben verführte er den Ansehens zu erwecken, als ob er mit dem Wohnungsamt in Verbindung stehe.

Straßenunfall. Am Matthiasplatz, Ecke Enderstraße, erfolgte in der Nacht zu heute, gegen 23.15 Uhr, ein Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Motorrad. Die beiden auf dem Motorrad fahrenden Personen wurden hierbei erheblich verletzt.

Straßensperrungen. Wegen Erneuerung der Gleise wird die Taschenstraße an der Kreuzung Schweidnitzer Stadtgraben für die Zeit vom 10. bis 17. September, wegen Kanalisationsarbeiten die Wilhelmstraße von der Konstantin-Schnier-Straße bis 20 Meter östlich der Unterführung vom 10. bis 28. September 1929 ganzseitig gesperrt.

Zur Berufsschule anmelden! Das Presseamt schreibt: Diejenigen Schüler der Mittel- und höheren Schulen, die nach dem 30. September 1912 geboren sind, haben sich in der Zeit vom 10. bis 13. September zum Besuche der Berufsschule anzumelden. Auf die rechtzeitige Anmeldung wird nochmals hingewiesen, da sonst der Berufsschulpflichtige, sein Arbeitgeber oder sein gesetzlicher Vertreter sich der Gefahr einer Bestrafung aussetzen.

Arbeitssport

Die Vereinswerstattsjahrt des 1. Bezirks der Arbeiter-Radsfahrer findet am 15. September statt. Start 8 Uhr (vorm.) in Josef. Von da über Bilzitz, Herrnproßsch, Marzowitz, Wilgen, Schreibersdorf, Brandstich, Kurus und zurück. Alle Ortsgruppen nehmen daran teil und können hierbei ihre Vereinsmeisterschaft ausfahren, da jeder Verein einzeln startet. Jede Ortsgruppe, die Rennfahrer stellt, muß zwei Genossen zur Streckenbegehung mitbringen; diese melden sich 5.30 Uhr am Start in Josef (Friedhof). Alle Rennfahrer sind 5.45 Uhr startbereit. Genosse Artur Klein, Stabelwitz und Frenzel-Friedewalde starten am 16. September in Kottbus zu einem Städtekampf und Stundenmannschaftsfahren nach Seefeldtaggart.

Spielleute des 1. Bezirks. Freitag 19 Uhr Bezirksübungsstunden. Obere Turnhalle, Oflener Straße.

Freie Turnerschaft. Alle Jugendfunktionäre Mittwoch in der Funktionärsung im Gewerkschaftshause. Sonnabend laut Angabe im Mundschreiben im Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Beginn 19.30 Uhr.

Breslaus gesamte Polizei schützt Nazi-Versammlung

Segendemonstration vor dem Schießwerder

Breslau, 11. September.

Das sah gestern abend fast so aus, als wollten die Kommunisten in Breslau mit der Weltrevolution beginnen. In voller (Bürger-) Kriegsstärke war die gesamte Breslauer Schupo ausgeboten. Die Straßenwagen saßen durch die Straßen, überall standen verstärkte Posten. Doch diesmal war der Grund die im Schießwerder stattfindende Nazi-Versammlung. Auf das flehenliche Bitten der Leitung der hiesigen Nazis hatte die Polizei nicht weniger als acht große, mit ungefähr je 50 Mann besetzte Lastautos, zwei Schnellkraftautos, 30 Radsfahrer und 41 Berittene nach dem Schießwerder dirigiert. Dazu kam der Trupp der „Blowausklärer“, der Verein sympathischer Gestalten, Abteilung Ia genannt, und — in den umliegenden Straßen die verstärkten Belegschaften der angrenzenden Polizeireviere. Aus welchem Riesenaufgebot von „Schup“ polizei man also auf den Grab der bei den Nazis herrschenden Angst vor deren Proletenfausten schließen kann. Müßen die Schij gehabt haben...

Im Laufe der Abendstunden sammelten sich vor dem Schießwerder einige hundert Arbeiter an. In der 21. Stunde formierte sich spontan ein Demonstrationstrupp, der unter Abführung antisowjetischer Lieder durch die Straßen zog, und der immer mehr anschwellte. An der Schützenstraße wurde eine kurze Kundgebung abgehalten, in der Landtagsabgeordneter Genosse Wolfher sprach. Er zeigte das wahre Gesicht des Faschismus auf: den organisierten blutigen Terror gegen Arbeiter. Seine Auforderung, es nicht zu dulden, daß Proleten von den Hilterischen Mordbanden niedergeschlagen werden, sondern die Faschisten mit denselben Mitteln zu bekämpfen, mit denen sie angehen, fand stürmische Zustimmung. Mit einem donnernden „Rot Front!“ und der Ausrufung, es nicht zu dulden, daß Proleten von den Hilterischen Mordbanden niedergeschlagen werden, sondern die Faschisten mit denselben Mitteln zu bekämpfen, mit denen sie angehen, fand die Kundgebung ihren Abschluß, worauf die Arbeiter noch längere Zeit durch die Straßen demonstrierten.

Hatte sich die Polizei anfänglich zurückgehalten, so ging sie in der 22. Stunde zur „Säuberung“ der Umgebung des Schießwerders über. Rückwärts wurde mit dem Gummiknüppel losgeschlagen. Doch noch gegen Mitternacht standen überall Arbeitergruppen. Mit Ablicht dehnten die Nazis die Versammlung so lange aus, weil sie einen „warmen“ Empfang befürchteten.

Mit hat dieses Bad gestern wirklich nicht bewiesen. Fast restlos war alles in Zivil erschienen, um nicht erkannt zu werden. Nur die auswärtigen Teilnehmer waren in Uniform. Doch auch sie ließen sich noch besonders von Polizei begleiten. Wenn trotzdem einige Wirtschchen vor der Versammlung eine kleine Abreibung bekamen, so haben sie das ihrer Unvorsichtigkeit zu verdanken, indem sie trotz „höherer“ Anweisung mit Abzeichen oder Uniformen vor den empörten Arbeitern vorbeiziehen wollten. Kurz vor Schluß der Versammlung waren sie dann vorsichtig und „nützlich“ genug, die äußeren Zeichen ihrer Patentenwürde schnell zu verbergen und sich in harmlose Nachspaziergänger zu verwandeln. Wie heißt es doch? „Mut hat auch der Kamel...“ Von demselben Kaliber war Herr Goebbels,

der „Redner“, der dem von einem hiesigen Kapitalkisten (bezeichnen!) für den Transport zum Bahnhof gestellten Kraftwagen ein vollständiges Polizeiauto folgen ließ!!! Fürwahr ein Held!

Der Schießwerder-Saal war von Studenten, Mittelständlern, ehemaligen Militärs und vielen Neugelerigen besetzt. Die Galerien waren leer. Um 20 Uhr sollte das Theater beginnen, aber die Versammlung brauchte noch etwas „Eilmung“. Deshalb inszenierte die Versammlungsleitung ein angelegliches Telegramm: „Adolf Hitler höchlich verunglückt!“ Die hiesigen Beschützer der Nazis nahmen „besehligemäh“ den „erschütterten Ausdruck“ an, einige alte Jungfern belamen Ohnmachtsanfalle. Man schickte „Deborangen“, telegraphierte angeblich nach München, Berlin und zu Russell. Tatsache aber war, daß selbst bei der Post von einem Telegramm nicht bekannt war. Also höchster Eris, aber bei der gestrigen Versammlung der Nazis hingerichteten durchwirtsam. Unterhalb Stunden ließ man so die Versammlung in ihrem „Schmerz“ verharren (der sich in allerlei Malaria mit den im Saal anwesenden früheren Offizieren zeigte). Der Zweck dieses ganzen Affentheaters war, die Versammlung so lange hinauszudehnen, bis die Polizei draußen die Arbeiter niederknuppelt hatte.

Nachdem gegen 21 Uhr der Gesang der Demonstrierenden zu hören war, ihre Niederrufe gegen die Faschisten in den Saal drangen, wurde alles merklich unruhig. Adolf Hitlers „Lob“ war im Ruvergessen, und die Sorge um die eigene helle Haut stand den versammelten deutschen Gelben demüthlich im Gesicht. Gest um 21.15 Uhr begann Goebbels mit seinem „Referat“, auf das eingegangen, nicht lohnend ist. Nachdem zuerst die Versammlung als Diskussionssalon bezeichnet worden war, „gestattete“ man plötzlich die Rede, nachdem man festgestellt hatte, daß die Arbeiter — die natürlich ihr sauerverdientes Geld nicht für eine Nazi-Versammlung ausgeben, in der nicht einmal eine Diskussion vorgeesehen ist — draußen auf der Straße und demzufolge nicht im Saal waren. In der Diskussion sprachen nur ein Abentheuer und ein Volksrechtsteiler, die sich ihre Ungerechtfährigkeit selbst becheinigten, indem sie sich mit Goebbels „einverstanden“ erklärten.

Auf dem Rückmarsch der Hilterbanditen in die innere Stadt, der von einem Riesenaufgebot der Polizei geschützt war, wurden noch zwei Arbeiter wegen „Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ von der Polizei festgenommen.

Nicht unerwähnt soll bleiben das Verhalten der Hausen-Lente. Sie verteilten Flugblätter, in denen u. a. der „offizielle KPD“ vorgeworfen wird, die „Selbstzerfleischung der Arbeiter“ zu fördern, während sie die patentierten Einheitshersteller seien. Und ausgerechnet in dem Augenblick, wo die Arbeiter gegen die Faschisten auf der Straße sind, illustrieren sie ihre Auffassung über „Einheit“ durch das Verteilen dieser Flugblätter. Nicht an ihren Phrasen, an ihren Taten muß man sie erkennen.

Betriebschwierigkeiten der Oderschiffahrt

Kein anderer Fluß innerhalb der Reichsgrenzen hat solche schlechten Wasserverhältnisse wie die Oder. Sie ist sehr wasserarm und hat starkes Gefälle. Weid das Quellgebiet eine längere Zeit ohne Niedererschläge, dann ist das bißchen Wasser wegelaufen. Auf die Nebenflüsse ist außer der Wlaker Neife nicht viel zu rechnen, sie alle führen der Oder nur wenig Wasser zu. Durch diesen Wassermangel wird die Schiffahrt Jahr für Jahr erheblich beeinträchtigt. Meistens nur im Frühjahr und Herbst führt die Oder volleschiffiges Wasser, während den Sommer über die Lauchtiefe zeitweisig bis auf 80 Zentimeter und darunter herabsinkt und die Schiffahrt beeinträchtigt. So ruhte im vorigen Jahre der Betrieb von Juli bis zum Spätherbst fast völlig. Hunderte von Millionen kosten der Ausbau der Oder und seine Instandhaltung. Von Cosel OS. bis weit unterhalb Küstrin ist an beiden Ufern Bühne an Bühne in die Oder gebaut, um eine befahrbare Wasserstraße zu erzielen. Von Cosel OS. bis unterhalb Breslau wurde eine Staustufe, ein Wehr nach dem anderen eingebaut, um die Oder künstlich zu regulieren und stets volleschiffig zu machen. Unsummen wird es noch kosten, ehe etwas Vernünftiges daraus wird. Ein Kanal von Cosel bis unterhalb von Küstrin, unabhängig von den Wasserverhältnissen der Oder, hätte bestimmt nicht mehr Kosten verursacht als der dauernde Oderausbau,

dann wäre aber eine zuverlässige Wasserstraße entstanden.

Auch in diesem Sommer hat die Schiffahrt unter Wassermangel zu leiden. Die Lauchtiefe liegt zurzeit unter 90 Zentimeter. Vollbeladene Kähne müssen entweder ablichten oder liegen bleiben und auf besseres Wasser warten.

Die Strombauverwaltung versucht nun ab und zu, die Wasserverhältnisse künstlich zu bessern, indem sie sogenannte Wellen macht. Das heißt, sie hält möglichst viel Wasser in den Staustufen fest und läßt dann mit einem Rud alles laufen. Dieses Verfahren kann allerdings einige Kähne ein Stück weiterbringen, aber die Welle hält nur kurze Zeit an und ist bald verlaufen, und die Ebbe ist da, die Schiffahrt liegt wieder fest. So lagen dieser Tage oberhalb und unterhalb Breslaus zahlreiche Schleppzüge und zu Lauchfahrende Kähne kreuz und quer in der Oder und konnten nicht weiter, wartend auf die nächste Welle. Daß diese Verhältnisse der Oderschiffahrt immer mehr Abbruch tun und der Güterverkehr sich dem hagen h. v. m. Autotransport zuwendet, und daß auch die Millionenstadt Berlin, die der Hauptabnehmer der Kohlen aus Oberschlesien ist, seine Kohlen von England bezieht, ist erklärlich. Ehe die Oder nicht vollständig reguliert ist, wird dieser Zustand sich nicht ändern.

Parteilfunktionäre von Groß-Breslau

Die Funktionärsung von Groß-Breslau findet Freitag 20 Uhr im „Kaffee“, Neue Gasse (Großer Saal), statt. Alle Parteilfunktionäre haben zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Fußballpartei. Da trotz Ermahnens nicht alle Vereine ihren Verpflichtungen gegenüber dem Bezirk nachgekommen sind, wird letztmalige Frist bis zum 15. d. M. gegeben. Wer bis zu diesem Tage nicht bezahl hat, kann nicht spielen.

1. Arbeiter-Angler-Verein. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Sämtliche Mitglieder, die dieses Jahr noch keine Beiträge bezahlt haben, werden verlesen und gestrichen. Vorstandsmittglieder 19 Uhr im Restaurant zur Vorstandssitzung.

Freie Lichtfreunde. Mittwoch 20 Uhr spricht in der Gewerkschaftsschule, Gartenstraße, Genosse Eggers.

Zirkus. Stern I — VfR. I Freiburg 5:1 (3:1). Trotz gutgefallenden Spielfers der VfR-Mannschaft mußten sie den Sieg der spielfärteren Stern-Elf überlassen. — kommenden Sonntag spielen zwei Stern-Mannschaften, Jugend sowie 1. und 2. Elf kombiniert, aus Anlaß einer Festlichkeit bei VfR Saarau. Wegen Mannschaftsaustellung und Festlegung der Wfschäftszeit ist zahlreiches Erscheinen am Freitag im Mannschaftsabend Rohwendigkeit.

Mitgliederversammlung der Roten Hilfe West

Mittwoch 19 Uhr in den Gambirusälen, Lange Gasse. Alle Mitglieder müssen restlos erscheinen!

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Breslau — Vorpost. Wer fährt mit nach Oppeln? Wer am Sonnabend, dem 14. September, mit zum Roten Treffen nach Oppeln fahren will, melde sich bei dem Genossen Wühl Wilsche, Fürstentstraße 2, Fahrpreis 2 Mark. Gärtle. Mittwoch 20 Uhr kombinierte Mitglieder-Versammlung der KPD. und Arbeiterwehr im „Eisenkeller“. Erscheinen ist Pflicht.
- Kommunistischer Jugendverband**
- Breslau — Die Jugendbrigade „Rote Anker“ probt morgen um 19.45 Uhr bei Wauner, Westergasse. Erscheinen ist Pflicht.
 - Breslau — Jelle Ehb. Donnerstag 20 Uhr Sellenbergsammlung im „Eisenkeller“, Follsteinstr. 6.
- Jung-Spartakus-Bund.**
- Breslau — Clauser Tor. Mittwoch vor 18—20 Uhr Eröffnungsgeländebesuch bei Soudka, Antonienstraße.
 - Breslau — Gruppe Ehb. Gruppenabend fällt aus. Die gesamte Gruppe trifft sich um 15 Uhr an der Grabenstraße, Ecke Schoßstraße. Beiträge sind mitzubringen.
 - Breslau — Gruppe Nord. Donnerstag 17 Uhr Gruppenabend in der „Stadt Ramslau“, Matthiasstraße 212. Gähne teilnehmen.
 - Breslau — Rinderburg. Donnerstag 19 Uhr Erbung Gärtle. Donnerstag 19.30 Uhr im Heim „Barrätagasse, Versammlung. Erscheinen aller Pioniere ist Pflicht.
- Roter Frauen- und Mädchenbund**
- Breslau — Mittwoch 19.30 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße.
 - Breslau — Alle Genossinnen, die mit dem Auto nach Oppeln fahren wollen, melden sich beim Genossen Wilsche, Fürstentstraße 2, Fahrpreis 2 Mark.
 - Breslau — Donnerstag 19.30 Uhr im „Gärten Baum“, öffentliche Frauen-Versammlung. Referent Genosse Müller.
- Sonstige Organisationen.**
- Breslau — Rote Hilfe Zentrum. Mittwoch 20 Uhr bei Kndt, Westergasse. Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung.
 - Breslau — West. Wer mit nach Oppeln fahren will, bis Freitag im „Anglerheim“ melden. Fahrpreis 2 Mark.
 - Breslau — Metallarbeiterjugend. Mittwoch 19.30 Uhr im „Angler“ in Volkers-Garten. Rote Hilfe. Mittwoch 20 Uhr bei Wende, Mitglieder-Versammlung. Grünberg. Freitag 20 Uhr Erwerbslosen-Versammlung im „Goldenen Frieden“. Alle Erscheinen ist eingeladen.

Waldenburger Bergland

„Schlegel und Eisen“

Die erste Nummer der Zeitung „Schlegel und Eisen“ wird morgen gedruckt. Ende der Woche kann jeder Bergmann im Waldenburger Revier sich selbst überzeugen, daß „Schlegel und Eisen“ seine Zeitung sein wird.

Aus dem Inhalt der ersten Nummer heben wir hervor: „75 Bergarbeiter erschlagen“, „Warum Schlegel und Eisen?“ „Was wird mit dem Mantel-Larri?“ „Wie lange noch Hungerlohn?“ „Her mit der Siebenkundschaft!“ „Berichte aus den Betrieben.“ „Bericht von A. Dr. Erzählung von W. Krüger.“ „Die 10 Kameraden“, die Ergebnisse auf dem Hochwäldschicht Schilbert usw.

„Schlegel und Eisen“ wird der Freund aller Bergarbeiter und der Feind der Grubenbesitzer und ihrer Lakaien werden.

Jeder Bergmann wird die Möglichkeit haben, in „Schlegel und Eisen“ zu Worte zu kommen, um seine Ansichten zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen darzulegen.

„Schlegel und Eisen“ setzt sich zum Ziele, mitzuwirken an der Organisation des Kampfes für Lohnerhöhung, gegen Antreibersystem, für die Siebenkundschaft!

Kameraden, verlangt überall die Zeitung „Schlegel und Eisen“!

Neue Unfälle!

A. A. Am 9. September wurde der Arbeiter Heinze, Melchior, im Steinbrecherbetriebe, mit einer schweren Fußverletzung ins Lazarett eingeliefert, desgleichen der Bauer Karl Stehr, dem die Nieren losgeschlagen wurden. — Pumpels, laßt euch nicht antreiben!

Arbeiterkorrespondenten im Unteren Revier!

Am Sonnabend und Sonntag findet ein Kursus für die Arbeiterkorrespondenten des Unteren Reviers Waldenburg statt. Beginn Sonnabend 20 Uhr. Ort und Lokal wird den Arbeiterkorrespondenten durch das Einladungsschreiben persönlich mitgeteilt werden. Arbeiterkorrespondenten, haltet euch den Sonnabend und Sonntag frei und erscheint reiflos!

Freiburg

Nachmals die Freiburger Motorspritze

A. A. In der Nr. 208/209 der „Arbeiter-Zeitung“ wurde gegen das Treiben in Sachen der Motorspritze der „leitenden“ Häupter von Zittau berichtet. Der Bericht muß noch ergänzt werden. Die bürgerlichen sowie sozialdemokratischen Gemeindevorstände hatten nicht nur größere Summen für die Freiwillige Feuerwehr bewilligt, sondern diese Gelder ohne jegliche Kontrolle der Freiwilligen Feuerwehr überlassen. Wir sind gewiß nicht gegen Bewilligung von öffentlichen Mitteln für diese Einrichtung. Als unser Vertreter in der Gemeinderatsitzung Kontrolle über diese Gelder verlangte, wurde der zynische Zwischenruf gemacht: „Wir werden das Geld verwalten.“ Nun, wir nehmen nicht an, daß dieses geschehen ist, aber unerhört ist es, mit welcher Oberflächlichkeit Gelder bewilligt werden. Unsere

Niederschlesien

Görlitz

Betriebsarbeiter, Erwerbslose!

Küßt zur Abwehr gegen den Abbau der Unterstützungen, gegen die Erhöhung der Beiträge!
Kommt Freitag, den 13. September, 20 Uhr, zur öffentlichen Versammlung ins Konzerthaus!

Feuer in Langenöls. Aus unbekannter Ursache brach bei dem Eisenbahnstationär Richard Richter in Nieder-Langenöls ein Feuer aus, durch den das mit Stroh bedeckte Bestium, umfassend Wohnhaus, Stallung und Scheune, in Asche gelegt wurde. Verbrannt sind außer Getreide, Heu, Stroh, ein großer Teil Möbel und Wäsche.

Sagan

Streiflichter vom Arbeitsamt

Wir berichteten schon mehrmals über das Verhalten einiger Beamter vom Arbeitsamt bei der Unterstützungszahlung an Erwerbslose. So manche Frau geht ahnungslos nach der Unterstützung und kommt erbittert zurück, wegen Ablehnung zugewiesener Landarbeit. Sie sie nie konnte, ist ihre Unterstützung gesperrt. Man will uns mit aller Gewalt zum Gasbahn bringen, diese und ähnliche Neuigkeiten sind oft zu hören. Zum Vorsteher gehen hat keinen Zweck, der macht uns nur mit Redensarten besoffen, sagen ein paar andere, die gleichfalls von der Unterstützung abgesagt sind. Zwei Männer unterstützen sich über die Unterstützungen bei dem Arbeitsamt Liegnitz; mit 70.000 Mark ist einer durchgebrannt. Wieder andere zählen auf, was der ganze Apparat, das Mobiliar, die Autos usw. kosten, und wissen dann, warum Hilferding weitere Sparmaßnahmen fordert. Die Wohlfahrtsämter schnüffeln in jedem Haushalt herum; überall Unterstützungsbau. Vier Sozialdemokraten sitzen in der Regierung. Die Preise steigen, der Prolet schnallt den Hungerriemen enger. Wie lange noch?

Grünberg

Feuer in Kleinig. Gestern nachmittag brach in dem Dorfe Kleinig in einer mit Stroh gedeckten Scheune Feuer aus, das sehr rasch um sich griff. Der herrschende Wind setzte durch Flaggenfeuer noch fünf Gehöfte in Brand. Von ihnen sind zwei vollkommen niedergebrannt, während von den drei anderen die Wirtschaftsgebäude dem Feuer zum Opfer fielen.

Liegnitz

Geld im Schrebergarten vergraben.

Vor dem Schöffengericht wurde der Buchhalter Martin H. wegen Unterschlagung bei der Firma Vange zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte die in Zehnheften verpackte Summe von 1000 Mark im Schrebergarten vergraben; der Regen spülte es wieder frei, und so kam die Geschichte ans Tageslicht.

Bunzlau

Unfälle im Ralswitzer Groß-Hartmannsdorf. Im Pralleichen Ralswitzer Ralswitzer in Groß-Hartmannsdorf geriet beim Wegkaufeln

Leser fordern wir auf, für die Verbreitung dieser Zeitung unter der Zittauer Bevölkerung zu sorgen, damit die Öffentlichkeit sieht, wie die gesamte bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront wirtschaftet. Die Gemeinderatswahlen stehen vor der Tür; es muß nun heute schon die Aufgabe unserer Leser sein, mitzuwirken, damit die großmühtigen bürgerlichen und Sozialdemokraten verdrängt werden und den Kommunisten Platz machen. Wir werden von jetzt ab weiteres Material über die sogenannten „sozialen“ Erfolge der Freige-Partei veröffentlichen. Verbreitet unsere Zeitung, werbt neue Abonnenten. Werdet Mitglied der SPD.

Schwednitz

Arbeiter-Musik-Vereinigung!

Alle Arbeiter, welche Lust und Liebe haben, an einer Arbeiter-Musik-Vereinigung teilzunehmen, kommen morgen, Donnerstag, um 20 Uhr, ins Lokal „Drei Rosen“, Langstraße. Arbeiter, helft alle mit am Aufbau einer Massenbewegten Musikorganisation! Schluß mit dem nationalen Mimbißschwindel!

Scheunenbrand. In Nieder-Bögendorf brannte die große Scheune des Gutbesizers Robert Dinger mit der gesamten Ernte und wertvollen landwirtschaftlichen Maschinen völlig nieder. Es dürfte Brandstiftung vorliegen.

Striegau

31 Mark Monatslohn für schwere Arbeit

A. A. Ein „netter“ Arbeiter, „geher“ ist der Bauer und Gasthofbesitzer Dante in Widenbors. Dieser ist der Meinung, wenn die Ernte vorbei ist, kann er mit den Leuten umgehen, wie es ihm beliebt. Er sucht nach einem Grund, sie zu entlassen und hat ihn auch gefunden. Bei ihm war die ganze Ernte hindurch der 19jährige Heinrich Bartel von Tschechen in Stellung. Nach der Ernte war dieser schon

Knappschaftsrente um 40 Mark getürzt

Von dem Invaliden aus Dittersbach, dessen traurige Lage wir vor einiger Zeit bereits geschildert haben, erhalten wir eine neue Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Als nun endlich nach längerem Hungern der langersehnte 2. September kam und ich erwartete, in meiner Not Linderung zu bekommen, war ich aufs höchste enttäuscht, als der Postbote mir nur 30,30 Mark Knappschaftsrente aushändigte, obwohl mir bis dato immer 70,30 Mark gegeben wurden. Das waren also 40 Mark weniger als mir laut Rentenbescheid zusteht. Die Nachforschungen über den Verbleib der fehlenden 40 Mark waren vorerst erfolglos. Auch meine Ehefrau erklärte mir auf mein Befragen, sie hätte kein Geld erhalten. (Sie ist nämlich bereits wieder aus dem Lazarett entlassen und befindet sich zu Hause zur weiteren Revierbehandlung.) So ist nun die ganze Familie dem Hunger und Elend ausgegesetzt.

Als ich am 5. September auf das Kreiswohlfahrtsamt Waldenburg kam und dem dortigen Beamten Gärtner mitteilte, daß man mir durch die Gemeinde Dittersbach schon wieder 40 Mark gesperrt hat, setzte sich Herr Gärtner mit der Gemeinde telephonisch

in Verbindung, aber ohne jeglichen Erfolg für mich. Unter anderem zeigte ich ihm auch die ersten zwei Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ und machte ihn aufmerksam, daß ich alle Ergebnisse auch fernerhin veröffentlichen werde. Darauf erklärte er mir: „Mit diesen Artikeln können sie sich ja auch noch Geld verdienen.“ Darauf mußte ich ihm natürlich erwidern, daß ich dafür nichts erhalte und entfernte mich mit dem Bemerkten: „Ich bin doch nicht etwa hier in eine Kriminalabteilung geraten.“ Am 6. September wurde ich wieder bei Herrn Gärtner vorstellig und forderte von ihm, daß mir die Gemeinde die 40 Mark auszahlen solle. Herr Gärtner telephonierte wieder an und erklärte mir, daß das nicht möglich sei. So hatte ich denn wieder nichts erreicht.

Landeshut

An die Erwerbslosen des Kreises

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages, sowie Reichsregierung und Unternehmertum sind drauf und dran, den Kernkräften der Armen, den Erwerbslosen, durch eine sogenannte Reform des Erwerbslosenversicherungsgesetzes den großen Lebensunterhalt noch mehr zu schmälern. Auch die Kranksicherung und Wohlfahrtsunterstützung ist vom Abbau bedroht.

Bei alledem muß man bedenken, daß ein harter Winter bevorsteht, der an sich schon die Not jedes einzelnen vergrößern wird. Um das Schlimmste zu verhüten und für kommende Kämpfe gerüstet zu sein, gilt es heute schon die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Wir rufen euch deshalb auf, dort, wo noch keine Erwerbslosenräte bestehen, sofort welche zu wählen und in allen Orten des Kreises für die am Dienstag, dem 17. September, um 14 Uhr im Gasthof „Zur Sonne“ in Landeshut stattfindende Kreiserverwerbslosenkonferenz

Kreiserverwerbslosenkonferenz

Delegierte zu wählen. Die Tagesordnung der Konferenz lautet:

1. Die Reform des Erwerbslosenversicherungsgesetzes und die Aufgaben der Erwerbslosen. Referent ist ein Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses.
2. Wahl des Kreiserverwerbslosenrates.
3. Kreiserverwerbslosetag.
4. Organisatorisches.

Erwerbslose, welche an den obigen Fragen interessiert sind, können als Gäste teilnehmen. Der Erwerbslosenrat von Landeshut.

in Verbindung, aber ohne jeglichen Erfolg für mich. Unter anderem zeigte ich ihm auch die ersten zwei Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ und machte ihn aufmerksam, daß ich alle Ergebnisse auch fernerhin veröffentlichen werde. Darauf erklärte er mir: „Mit diesen Artikeln können sie sich ja auch noch Geld verdienen.“ Darauf mußte ich ihm natürlich erwidern, daß ich dafür nichts erhalte und entfernte mich mit dem Bemerkten: „Ich bin doch nicht etwa hier in eine Kriminalabteilung geraten.“ Am 6. September wurde ich wieder bei Herrn Gärtner vorstellig und forderte von ihm, daß mir die Gemeinde die 40 Mark auszahlen solle. Herr Gärtner telephonierte wieder an und erklärte mir, daß das nicht möglich sei. So hatte ich denn wieder nichts erreicht.

Anmerkung der Redaktion: Es soll dahingestellt bleiben, ob ein formelles Recht bestand, die Rente um 40 Mark zu kürzen. Entscheidend ist, daß hier unzweifelhaft eine Härte vorliegt. Will man den Invaliden mit seiner Familie tatsächlich verhungern lassen! Vielleicht äußern sich die Gemeindebeverwaltung und auch das Kreiswohlfahrtsamt einmal dazu. Für die Arbeiteröffentlichkeit dürfte diese Klagerung von großem Interesse sein.

Geflügelstall in Gaidau abgebrannt. Das große Wirtschaftsgebäude der Hoffmannschen Geflügelstall in Gaidau wurde mit großen Vorräten das Opfer eines Schadensfeuers. Nur mit Mühe konnten Wohnhaus und Scheune erhalten bleiben. Beinahe wäre ein unter dem brennenden Boden schlafender junger Mann in den Flammen umgekommen.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36 303
Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Kammersänger
Ed. Lichtenstein
als Paris
Karl Jolan
als Helena
in
Off. nachts
Meisteroperette
Die schöne Helena

Sie verdienen Sie täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kette, Leinwand, Aermelstücker
Rohhaar, Garn, Knöpfe
Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Barth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oberstr. 17
Weißgerbergasse 43

Stadththeater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 7. bis 15. September 1929
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 1
Der Freischütz
Donnerstag, 20 Uhr
Der fliegende Holländer
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 1
Fra Diavolo

Wandeleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken
Inserate haben in unserer Zeitung
den besten Erfolg!

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein
Der Gemeindevorstand der hiesigen Gemeinde hat im Einverständnis mit der Gemeindevorstellung auf Grund des Beschlusses vom 9. 8. 1929 bzw. 16. 8. 1929 für den Bebauungsplan südlich der Hartauer Straße zwischen dem Kommunal-Friedhof der Stadtgemeinde Waldenburg und der Porzellanfabrik Tietzsch Straßen- und Hausfluchtlinien gemäß § 1 Absatz 1 des Straßen- und Hausfluchtengesetzes vom 2. 7. 1875/28. 3. 1918 festgelegt. Dieser Fluchtlinienfestsetzung ist unter dem 30. 8. 1929 gemäß der obengenannten Gesetzstelle die ortspolizeiliche Zustimmung erteilt worden. Der betreffende Plan liegt im Gemeindevorstand Weißstein (Amtsgebäude) zu jedermanns Einsicht offen. Einwendungen gegen den Plan müssen innerhalb einer präklusiven Frist von 4 Wochen in der Zeit vom 9. 9. bis 7. 10. 1929 bei dem unterzeichneten Gemeindevorstand schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.
Weißstein, den 7. September 1929
Der Gemeindevorsteher
Hertzwig

Was vorher stark verfettet war ist jetzt durch IMI rein und klar!



Das neue Spül- und Reinigungsmittel der Henkelwerke zum Spülen, Aufwaschen und Reinigen

Nichts widersteht der außerordentlichen Reinigungskraft dieses vorzrefflichen Helfers! IMI reinigt so gründlich, daß Sie Ihre helle Freude haben an den blitzsauberen Geschirren! Alles Fett verschwindet gleich! Was Sie sich nur denken können: Glas, Porzellan, Metall, Stein, Fliesen, Marmor, Holz usw. — IMI macht alles schöner denn je! Auf 10 Liter heißes Wasser — 1 Eimer! IMI

so ergiebig ist

Ihr zeitsparender Helfer

IMI
Henkel's Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät
Herzogenaurach, Bayern

Oberschlesien

Der 15. Internationale Jugendtag in Oberschlesien

Machtvoller Aufruf der Jungarbeiter — Polizeiprovokationen — Für die Sowjetunion, gegen den imperialistischen Krieg

Am Sonnabend und Sonntag fand in Hindenburg der 15. Internationale Jugendtag für den Bezirk Oberschlesien statt. Ein imposanter Fackelzug leitete am Sonnabend den Jugendtag ein. 300—400 Jungarbeiter marschierten durch die Stadt und machten noch einmal die Arbeiterschaft auf den Jugendtag aufmerksam. In den Arbeitervierteln wurde der Fackelzug freudig begrüßt. Als Abschluß wurden auf dem Reigensteinplatz von den Roten Bergknappen einige Szenen aufgeführt und mit großem Beifall aufgenommen. Die Polizei wurde nicht ausfällig. Nur einige Achtlosigkeiten Devisen nahmen sich nach ihrer Art. In Zwischenfällen ist es am Sonnabend nicht gekommen.

Sonntag morgen kamen von überall zu Fuß, per Rad, Bahn und Auto, die Jungarbeiter und auch ältere Arbeiter zusammen. — Unterwegs schon wurden die Teilnehmer am Jugendtag provokiert. Die Weichener Genossen erlitten Polizeibestellung. Als ein Fackelzug den Zug provokierte und die Arbeiter ihn eine proletarische Antwort gaben, versuchte einer der Begleiterschöpfer, den Zug zu kontrollieren und zu provokieren. — Immer mehr füllte sich der Reigensteinplatz. „Rot Front!“, „Heil Sowjet!“ schallte es bald hier, bald dort den Ankommanden entgegen. Eine große Anzahl Fahnen und lebendiger Transparente zanzelte sich auf dem Platz auf.

Oppositionelle Arbeiterpartien waren ebenfalls mit einem Transparent und in Sportbekleidung vertreten.

Auf einem Wagen war ein spanischer Ritter aufgebaut, auf dem ein Soldat lag. Eine Gruppe Jugendgenossen war mit Gasmasken versehen. Alles das wollte schon auf dem Platz, auf dem mehr als 2000 Personen anwesend waren.

Gegen 11 Uhr wurde durch die anwesenden Kapellen die Kundgebung am Reigensteinplatz eröffnet. Nach der Begrüßung durch den Vertreter der Ortsgruppe Hindenburg sprach im Auftrage des ZK. des SPD. der Genosse B., Essen. In kurzen, kernigen Ausführungen zeigte er die Kriegsgefahr, die realistischen Jugendgefühle, die Ausbeutung der Jugendlichen, Betriebskassismus, die Unterdrückung in den Fortbildungsschulen und die Aufgaben der Jungarbeiter auf. Mit großem Beifall wurden seine Ausführungen aufgenommen.

Während der Rede ging die Weichener Polizei zu Provokationen über.

Dem Jungarbeiter, der auf dem Antikriegswagen den hinteren Nachsitzer darstellte, wurde ein Stahlhelm beschlagnahmt.

Zwei Stunden sah die Polizei den Stahlhelm, ohne ihn zu beschlagnahmen. Um aber die Kundgebung zu provokieren, wurde auf einmal der Stahlhelm beschlagnahmt. Die Teilnehmer der Kundgebung waren darüber aufs höchste erregt, und nur ihrer Disziplin ist es zu verdanken, daß die Polizei nicht, wie verdient, zum Teufel gefügt und ein Blutbad verhindert wurde.

Nach dem Vertreter der ZK. sprach ein Jungpionier für den FSB. und forderte die Arbeiterkinder auf, mit in den Reihen der Roten Pioniertruppen zu kämpfen. Für die Beizustellung der SPD. sprach Genosse Zundel, der in seinen Ausführungen die Provokationen der sozialfaschistischen Weichener Polizei anprangerte. Mit einem Hoch auf die Sowjetunion, die RFR, den KPD. und die SPD. wurden die Ausführungen beendet. Die Kundgebung beschloß ein Telegramm an die Rote Armee und eine Entschließung der ober-schlesischen Jungarbeiter an den Verbandstags des FSB.

Dem FSB. wurde vom Vertreter der ZK. eine Fahne der russischen Jungpioniere überreicht. Dieser Akt wurde mit stürmischem Beifall begrüßt. Ein Massenschwur zu revolutionärem Kampf, der von allen Teilnehmern abgelegt wurde, schloß die Kundgebung am Reigensteinplatz.

An die Kundgebung schloß sich eine machtvolle Demonstration. Über 1000 Teilnehmer, vier Kapellen, die lebendigen Transparente, die Sportler, die Agitproptruppen, gab es den ganzen Zuge einen revolutionären Kampfausdruck. Unterwegs säumte eine große Menschenmenge den Zug ein. Die Fenster waren besetzt. Die Sprecher waren entsetzt, die rote Flut wird immer stärker. In den Arbeitervierteln auf allen Weichener Sympathie und Begeisterung.

Die Demonstration zog nach dem Schützenhaus. Dort fanden ein Varietkonzert und zwei überfüllte Saalveranstaltungen statt. Bei den Saalveranstaltungen traten die „Roten Bergknappen“ mit neuem Programm auf. Reichen Beifall ernteten die Ausführungen, die ein Ausblick aus dem Leben waren.

Alles in allem war der 15. Internationale Jugendtag auch in Oberschlesien von gutem Erfolg begleitet. Das ober-schlesische Jungproletariat bewies dadurch, daß es zur revolutionären Arbeiterbewegung und zum kommunistischen Jugendverband als seinem Führer steht.

Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Für die Zeit vom 2. bis 7. September 1920 gibt die Zweigstelle Oberschlesien des Landesarbeitsamtes Schießen folgende Biffern an: Arbeitslosende 22061 (in der Vormoche 22282, im Vorjahre 13727); Hauptunterstützungsempfänger: in der Arbeitslosenversicherung 10897 (11182, 6186), in der Frühenfürsorge 1942 (1898, 787); offene Stellen: 357 (486, 599); Vermittlungen: 1446 (1278, 1836). Die im allgemeinen sich ungünstig gestaltende Arbeitsmarktlage hielt an. Die geringe rückläufige Bewegung der Arbeitslosenziffer ist nur vorübergehender Art, bedingt durch die etwas günstigeren Unterbringungsbedingungen in einigen Bezirken. Bei Notstandsarbeiten werden zurzeit 8704 (Vormoche 3833) Personen beschäftigt. Die Zahl der infolge Ablaufs der Unterstützungsdauer Ausgesteuerten betrug 217.

Die „allgemein sich ungünstig gestaltende Arbeitsmarktlage“, so schreibt die amtliche Stelle schon den ganzen Sommer. Dieses Einkundstnis ist nicht mehr zu umgehen. Aber die Arbeitsmarktlage wird immer katastrophaler. Die Arbeitsämter unternahmen nichts, um eine Besserung zu erreichen. Sie sind die amtlichen Stellen, die treu alles erfüllen, was der Ausbeuterstaat von ihnen verlangt, trotzdem die SPD. in den führenden Kripen dieser Aemter steht. Die neue Reform des AWAWS. wird wohl die Berichte der Arbeitsämter etwas günstiger gestalten, aber die Lage der Arbeitslosen wird desto schlimmer werden. Mit aller Kraft muß darum der Kampf gegen dieses System geführt werden. In jedem Ort müssen die Arbeitslosen sich zusammenschließen, Erwerbslosenaussschüsse bilden und den Kampf mit den Betriebsarbeitern für die Besserung der Arbeitslosenziffer organisieren.

Gleiwitz

Hauspachmethoden

Die Hauspachas schreien vor der größten Gemeinheit nicht zurück, wenn es heißt, irgendeinen Mieter loszuwerden. Natürlich geschieht das nur gegenüber den kleinen Mietern. Im Hause Gutsstraße 14, Hausbesitzer ist ein Herr Woschel, Marienstraße 20, werden sogar die Wände eingerissen, um die Mieter loszuwerden. Einem dortigen Mieter wurde erst der Boden abgenommen. Der Hauspacha gab Reparaturbedürftigkeit als Grund an, stellt aber ganz ruhig seine Sachen hinein. Also operierte dieser laubere Hauswirt mit Lügen. In einer Kammer, in der Kinder des Mieters schlafen, ließ der Hauswirt die Wand ins Freie ausbrechen. Hunde, Katzen, Ratten und anderes Getier haben jetzt freien Eingang in die Wohnung. Darf dieser gemeine Hauspacha das so machen? Hauspolitik und Wohnungsgemeinlichkeit, sorgt mal schnell für Abhilfe.

Invaliden können verrechen

A. R. Ein 69jähriger Invalide erlitt auf dem Germaniaplatz einen weiteren Unfall. Von einem Lastwagen löste sich ein Rad und verletzten den Invaliden schwer. Sanitätler schafften den Verletzten nach Auflegung eines Verbandes zum Arzt. Durch das Fürsorgeamt wurde der verletzte Invalide dem Arzt Dr. Beeremann überwiesen. Dieser Arzt behandelte den Verletzten, von dem er ja kein großes Honorar erwartete, wie ein Stück Vieh. Die Verletzung wurde weiter nicht viel untersucht. Dem Verletzten wurde vom Arzt gesagt, er solle nach Hause gehen und sich ins Bett legen. Das war alles. Das Verhalten des Dr. B. finden wir ganz brutal und alle Menschenrechte verspottend. Ein Arzt müßte, unserer Ansicht nach, in erster Linie seinen Mitmenschen helfen und dann nach dem Gelde gehen. Im kapitalistischen Staate aber lernt alles erst nach dem

Fundsachen

Gesunden: 1 Portemonnaie mit etwa 20 Mark Inhalt, 1 Herrenfahrrad „Wittler“, 1 gestickte Handtasche mit Reißverschlus. — Zugelaufen: 1 buntem gefiederter Ente. Näheres im Fundbüro, Zimmer Nr. 35, Polizeipräsident Gleiwitz.

Wer fährt mit?

Zum Roten Treffen in Oppeln am 15. September fährt auch von Gleiwitz ein Auto. Der Fahrpreis beträgt 2 Mark. Karten sind bei allen Funktionären und im Büro, Gierstraße 26, zu haben. Letzte Anmeldefrist Sonnabend. Abfahrt Sonntag, früh 6 Uhr, vom Germaniaplatz.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Am Donnerstag, dem 12. September, findet um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus, Einfeldstraße 23/25 (am Platz der Republik) eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Willi Ludwigschaffan. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

Hindenburg

Wer gegen Nationalstimmeln ist, wird bestraft

(Von einigen Jungarbeitern.)

Die Schule ist ein Instrument des Staates. Ihre Aufgabe ist im kapitalistischen Staate, nicht Wissen zu vermitteln, sondern Geloten für diesen Ausbeuterstaat zu erzeugen. Das zeigt sich sogar in der Fortbildungsschule. Am 6. September feierten die Schulen den Zeypp. Die jungen Grubenknappen wurden beim bergmännischen Unterricht vom Schichtleiter Lang, in Anwesenheit der Lehrer, gezwungen, das Deutschlandlied zu singen. Jungarbeiter, die sich gegen diesen Nationalstimmeln wehrten, wurden mit Strafe bedroht. Des öfteren wurden die Jungarbeiter in der Schule zu so einem nationalen Dreck mißbraucht. Gegen Jungarbeiter, die das aber nicht mitmachten, wurde sogar die Schupo angerufen. Nachher wurden vom Hungerlohn noch Strafen abgezogen.

Wenn aber mal ein Rotes Treffen oder dergleichen ist, werden sie von ihren Ausbeutern zu einem Ausflug bei freier Bahnfahrt verpflichtet, um so von den Kundgebungen der Arbeiter abgehalten zu werden.

Der Unterricht in der Schule ist auch so angelegt, daß sich die Jungarbeiter nach der Arbeit nicht mal eine Stunde erholen können. Die Jungarbeiter aus den Gruben verlangen, daß der Drill aus der Schule verschwindet und die Schule während der Arbeitszeit abgeschlossen wird.

Heraus zum Roten Tag in Oppeln!

Sonntag, den 15. September, beteiligt sich die Ortsgruppe der Partei am Roten Tag in Oppeln. Die Fahrt nach Oppeln erfolgt per Auto. Der Fahrpreis pro Person beträgt 2,50 Mark. Sympathisierende, beteiligt euch recht zahlreich.

Die Abfahrt von Zaborze erfolgt um 6 Uhr, vom Reigensteinplatz um 6.30 Uhr. Ortsleitung der SPD.

Zum Betriebsmord auf der Hedwigwünschgrube

Wir berichteten über den Betriebsmord auf der Hedwigwünschgrube, bei dem ein Maurer sein Leben lassen mußte. Dazu erfahren wir nachträglich noch, daß die Verwaltung die Maurer direkt in den

Tod gehetzt hat. Der Verwaltung war es bekannt, daß Stadtpolizisten vorhanden sind. Ohne Gasmasken wurden die beiden Maurer gezwungen, die Arbeit auszuführen. Angesichts dieser Tatsache verlangen wir, daß sich mal der Staatsanwalt für die Mörder interessiert, und sie zur Verantwortung zieht. Die Kumpels aber müssen den härtesten Kampf gegen die Abscheulichkeiten organisieren.

Beuthen

Gegen Mißbrauch der Kriegsopfer

Die Stadt Beuthen will auch das Ihrige zur Verhöhnung der Kriegsopfer durch Errichtung eines nationalstimmigen Denkmals beitragen. Aber es gibt auch Angehörige von Kriegsopfern, die ein solches Denkmal nicht bilden. Wir befragen hier einen Protest von Angehörigen solcher Kriegsopfer gegen die Verhöhnung derselben. Alle Angehörigen der Kriegsopfer müßten das gleiche tun und den nationalstimmigen Soldaten damit einen Riegel vorreichen gegen den Mißbrauch der Gefallenen.

An Herrn Oberbürgermeister Dr. Knaritz Beuthen O.S.

Im Namen meiner Mutter und meiner Geschwister stelle ich beim Magistrat der Stadt Beuthen O.S. den Antrag, die Namen meiner Brüder: 1. Maximilian Gawron, Offizierskapitän, 2. Boris Gawron, Offiziersstellvertreter, 3. Theodor Pöplek (Stiefbruder) Infanterist, von der Liste zu streichen, welche zusammengesetzt ist zum Denkmal. Da es sich nicht vereinbart mit der systematischen Ausrottung, die die Beamten des Wirtschaftsamtes der Stadt Beuthen O.S. der Stadt der Genitalion betreiben, das Samsen meiner alten Mutter vor Hunger, die gemeine brutale Handlungsweise, die mir zuteil wird vom Herrn Wagner, Beamter des Wirtschaftsamtes, und ebenso der Wölschbrüder — als vorstehen Brüdern, die im Krieges waren. Bedürftig sind nur diejenigen, die bei Burgunder und Pasteten ihr Leben verbringen.

Achtungsvoll Richard Gawron.

Groß-Strehlitz

Kampf in der SPD.

A. R. Die Artikel in der „A. S.“ über die Pleite der SPD. in Groß-Strehlitz haben mächtigen Staub aufgewirbelt. Da in der „A. S.“ gemachten Angaben beruhen auf vollster Wahrheit und Wissen in keinem Punkte abgestritten werden. Der innere Kampf in der kleinen Partei der SPD. in der Form vor sich einer verächtlich den anderen. In ihrem idealen Mitglied Duda vermutet die SPD. den Ständebuch, der unser Berichterstatter ist. Nebenher werden aber auch noch verschiedene andere Mitglieder der SPD. verächtlich. Die Hauptfehler zerbrechen sich die SPD. einseitig dem anderen nicht mehr. Es wird nicht mehr lange dauern, und das kleine SPD.-Gehäuse in Groß-Strehlitz wird bald eingestürzt sein. Die Arbeiterschaft wird diesen politischen Strohhaufen keine Kränze nachweihen. Immer mehr stehen die Arbeiter zur SPD.

Oppeln

Programm zum Roten Tag

Sonntag, den 14. September, 18.30 Uhr: Auftreten am alten Schützenhaus zum Fackelzug durch die Stadt. Dazu spielt das erstmalig die neugegründete Schalmöienkapelle.

20 Uhr: Auftreten der Roten Bergknappen im Saale des alten Schützenhauses.

Sonntag, den 15. September:

6 Uhr: Wecken durch die Schalmöienkapelle.

10 Uhr: Sammeln und Auftreten am alten Schützenhaus zur Demonstration durch die Stadt.

12 Uhr: Kundgebung auf dem Tuchmarkt.

15 Uhr: Konzert vor dem Schützenhaus.

Um 16 Uhr und um 20 Uhr: Auftreten der Roten Bergknappen im Saale des Schützenhauses.

Die Plakette kostet 30 Pfennige und berechtigt zur Teilnahme am Roten Treffen, außer der Theatervorführung, wo bei Vorzeigen der Plakette noch ein Eintritt von 20 Pfennigen erhoben wird. Sonst beträgt der Eintritt für die Theatervorführung 50 Pfennige.

Herr Waldemar Ossowski!

Sie haben bei Ihrem Dienstantritt so große Töne geschwungen, daß ein Naiver zu der Auffassung kommen müßte, Ihre republikanische Demokratie müßte in Oppeln in kürzester Zeit Wirklichkeit werden. Daß dem nicht so ist, haben wir von vornherein schon gegahen. Die letzten Wochen nicht nur allein gezeigt, sondern uns scheint es, als ob Ihre Vera dazu beiträgt, daß sich ein Teil Ihrer Beamten unter Ihrer Obhut sehr wohl fühlt, und diese Obhut benutzt, sich ganz wie in wilhelminischen Zeiten, wo die Bichelhaube das Symbol des Staates war, zu benehmen. Anders ist der Vorfall, und das ist nicht der einzige in der letzten Zeit, zu betrachten, der sich am Sonnabend, dem 7. September, um 18.30 Uhr, abspielte. Stehen da zwei ältere Arbeiter an der Ecke der Pöwenapothek und hängen sich gegenseitig. Der an der Ecke diensttunende Beamte rief den beiden zu: „Weltergehen!“ Der eine, ein älterer Mann, rief darauf dem Beamten zu: „Quatsch nicht nicht an!“ Ob sich der Beamte dies gefallen zu lassen braucht, ist seine Angelegenheit. Unstreitig steht jedenfalls fest, daß derselbe nicht das Recht hatte, seine Beamten-eigenschaft dazu zu benutzen, daß er auf diese Worte hin mit ein Wahnsinniger auf den Mann stürzte, ihn die Hände verdrückte, und mit Hilfe eines Reichwehrmannes ihn zum Polizeigefängnis im wahren Sinne des Wortes schleifte. Unter den Zuschauern dieses „Schauspiels“ erregte diese Handlung mit Recht eine solche Empörung, daß derselbe Beamte sich nachher die Wache zu Hilfe rief. Herr Ossowski, ist das die Selbstbeherrschung, die Sie Ihren Verleumdern beigebracht haben? Lassen Sie solche Leute dessen behandeln, aber nicht Menschen. Immer weiter so, Herr Polizeipräsident, und die Arbeiterschaft wird Ihnen für den praktischen Aufbaugesundheitsricht sehr dankbar sein. Ein Zuschauer.

Fördert den Arbeitergesang!

Am Donnerstag, dem 12. September, findet um 19 Uhr im alten Schützenhaus die erste Liedungsstunde des neugegründeten Arbeitergesangvereins „Freiheit“ statt. Alle Arbeiter, die den Gesang fördern wollen, sind dazu eingeladen.

Arbeiter rüftet!

Nur noch wenige Tage trennen uns vom

Roten Tag in Oppeln

am 14. und 15. September. Dieser Tag muß ein wichtiger Aufmarsch gegen Krieg und Ausbeutung sein.

Beuthen

Das führende Haus für Beleuchtungskörper, Holz-u. Kochapparate, Radioapparate, Radiotelle Beuthen OS. Licht und Kraft Nindenburg Gymnasialstr. S. Wolfsohn GmbH. Friedr.-Karl-Str. 1b 11247

Gebr. Markus & Baender Ring 23 Damen-Konfektion Wäsche, Wollwaren Trikots 11203

M. Skrzypczak Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung jetzt Ring 21, bedeutend vergrößert 11288

Färberei Kurt Müller Beuthen: Bahnhofstr. 5 Plekarsenstr. 54 Nindenburg: Kronprinzenstrasse 98 Dorotheenstrasse 39 Gleiwitz: Tarnowitzer Str. 2 Germaniaplatz 1 11272

Achtung! ff. Robschlächtere Max Poloczek, Lange Str. 18 feine Wurst- und Fleischwaren und Fröstkücherei Obst und Gemüse, Groß- und Kleinhandel Jeden Dienstag und Freitag am Markt Marktplatz 11418

Ign. Kuballas Bäckerei u. Konditorei Telefon 3635 Tarnowitzer Straße 43 Telefon 8635 Erste Bezugsquelle für alle Feste Spezialität: Karlsbader Zwickel Graham-Brot, Schlüter-Brot u. Wiener Bäckerei 11224

Molkerei Badmann Telefon 4404 Telefon 3586 ff. Meierei-Produkte und täglich frische Milch erhältlich in allen Filialen und Wagen, Hauptgeschäft und Molkerei Kasernenstraße 16 11272

Arbeiter kauft eure Milch und Molkereiprodukte nur in der Reserviert Milchversorgung Beuthen OS. G.m.b.H. und ihren Filialen und Wagen. Karl Rosunek

J. Schiefinger, Ring 21 Gr. Auswahl in Hüten und Mützen 11363

Kaufhaus J. Hamburger Friedrich-Ebert-Strasse 13 Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion Wäsche, Trikots etc. 11364

Beerigungsinstitut Scharleher Straße 62 Tel. 3042 11365

Brot- und Weißbäckerei Georg Galinsky / Telefon 4573 Fleischer, Ede Lange Straße 11282

Kolonialwaren / Lebensmittel Bitter Stollhoff, Kludowitzer Str. 4 11218

H. Fleisch- und Wurstwaren Paul Schiballi Hohenzollernstraße 6 11263

Bäckerei Konditorei und Café ff. Backwaren, dreimal täglich frisch Jos. Kruppa, Tarnowitzer Straße 19 11367

Schuhwaren kaufen Sie billigst im Oberschl. Schuh-Vertrieb Schießhausstr. 6, Am Marktpl. 11345

G. Paulsen & Co., Ring 5 Größtes Spezialhaus für mod. Herren- u. Knabenkleidung

Durch eigene Herstellung höchste Leistungsfähigkeit 11369

Bäckerei und Konditorei Leo Dembowski, Karlsruher Str. 2 Telefon 2262 Filiale: Reichspräsidentenplatz 5 11265

Kolonialwaren - Drogerie Josef Klapp, Sedanstraße 15 11287

Böhms Bierstuben Verlehrslokal aller Standesgenossen 11427

Leber - Sinoeum Emanuel Pinczower, Ring 18 11418

Leppische, Wollwaren, Garbina E. Binsfeld, Tarnowitzer Straße 48 11410

Wegweisers, Abmischlatter, Gausse 1 Angenehmer Familienaufenthalt Bürgerliches Mittagstisch 11280

Leber Sinoeum Kolonialwaren - Sinoeum - Spirituosen Sündenburgerstraße 9 11225

Kommerzielle Laden / Mag. Wittkowsky Scharleher Straße 62 Sering & Co. G. Bräu & Co. 11268

Rudolf Hotel, Dyngosstraße Nr. 38 Kolonialwaren - Delikatessen 11223

Brot- und Feinbäckerei Ditto Dost, Tarnowitzer Chaussee 29 11254

Barmer Klappspitzen-Zentrale Nur Lange Straße 27 11425

Mag. Selbhorn, gegenüber der alten Kirche Kleiderstoffe und Seidenstoffe enorm billig 11424

Kolonialwaren, Meise Tabak, Zigarren Wilhelm Nowak, Plekarscher Straße 94 11421

Mag. Barant, Dyngosstraße Kolonialwaren - Lebensmittel Zigarren - Zigaretten - Tabak 11420

H. Böhm & Co., Große Blottnitzstraße 39 gegenüber der Dreifaltigkeitskirche Herrenartikel - Weiß- und Wollwaren 11416

St.-Hyazinth-Drogerie / Koberg Farben - Lacke - Parfümerien gewährt allen Genossen 10 Prozent Rabatt 11422

H.F.S. Haus für Geschenke Einheitspreise / Nur vier Preise 1 ML - 2 ML - 3 ML - 6 ML Kaiser-Franz-Joseph-Platz 3 11411

Paul Köhler, Bahnhofstraße 39 Uhren, Gold- und Silberwaren 11279

Josef Weiß, Nflg. Inh. Emil Raek Kolonialwaren und Delikatessen Tabak und Spirituosen Beuthen, Tarnowitzer Strasse 1137

Möbelhaus Rutsche Inhaber: Johannes Kailowski billige und gute Möbel Erleichterte Zahlungsweise! Große Blottnitzstraße 30 im Hause der Allgem. Ortskrankenkasse 11261

Restaurant Große Blottnitzstraße 36, durch den Fluss Angenehmer Familienaufenthalt 11280

Bekleidungshaus S. Kornreich & Co. Gartenstraße 4 11419

Bäckerei u. Konditorei S. Gmyrek Scharleher Straße 11276

Fleischerei Anton Sladeczek Sedanstraße 8 11269

Bäckerei u. Konditorei Leo Ortenburger Scharleher Straße 100 11277

Rudolf Walloschek Telefon 2861 Hohenzollernstraße 28 Bäckerei und Konditorei ff. Backwaren 11289

Spezialität: Landbrot, Perle 11289

Gebr. Palkert Gleiwitzer Strasse 5 ff. Fleisch- und Wurstwaren Diverse Aufschnitte 11412

C. Pallus Ring 4 Hüte / Mützen Spezialgeschäft: sämtl. Herrenartikel 11 55

Matuschels Bäckerei ff. Backwaren täglich frische Semmeln Hohenzollernstr. 20 Fil.: Gymnasialstr. 3 11278

Destillat-, Likörfabrik Peter Golla Gr. Blottnitz Str. 36 Angenehm. Aufenth. aller Werktätigen 11426

Dampfbäckerei Albert Kabus Dyngosstr. 35 11274

Dampfbäckerei ff. Backwaren täglich frisch Paul Sczensny Sadowastrasse 1 11256

Bäckerei und Konditorei Joh. Schmidt, Dyngosstr. 61 11217

Bildfabrik und Belegdruckerei Josef Reus Kleine Blottnitzstraße 24 Krakauer Straße 11 11417

Drogerie Josef Malorny Drogen- und Farbenhandlung Ring 9/10 Filiale: Tarnowitzer Straße 8 11418

„Gut Kauf“ Ober-Gleiwitz größtes Putzgeschäft Konkurrenzlos niedrigste Preise Ring 6 11273

Im Spezialhaus für Wollwaren Friedrich Freund Tarnowitzer Straße 48 Laufen Sie reell und preiswert! 11423

„Zum Pagenhofer“ Geschäftl. Fein-Kolle Friedrich-Wilhelm-Ring 4 Gutgeputzte Getränke, stilles Mineralwasser Angenehmer Familienaufenthalt 11271

Hans J. Vogel jetzt Ring 9, Ede Schießhausstraße Damen-, Badstoff- u. Kinderkonfektion fabefast billig! 11271

Bäckerei und Konditorei ff. Backwaren, tägl. frische Semmeln Paul Schwan, Dyngosstraße 1 11224

Jr. Mikolas Galka Richard Gierchner, Krakauer Str. 34 Bäckerei / Weinbrände / Weine usw. in besten Qualitäten 11220

Dampfbäckerei Joh. Müde, Dyngos-, Ede Kludowitzer Straße / Filiale: Bahnhofstraße 17 11219

Wilhelm Weiß, Beuthen Löwen-Drogerie / Krakauer Straße 19 Tragen / Farben / Lacke Seifen und Parfümerien 11414

Drogen- und Farbenhandlung Carl Franzke Nachf., Krakauer Str. 32 Begr. 1894 Fernruf 4909 11276

Johannes Rad Schneiderstraße 2 Spirituosen, Weine, Zigarren 11221

Hugo Rosal, Friedrich-Wilhelm-Ring 5 Schokoladen- und Süßwaren-Großhandlung Billigste Bezugsquelle für Metzgerbäckerei! 11267

H. Jurafsch, Schneidermeister Große Blottnitzstraße 16 empfiehlt erstklassige Magarbetten 11258

Tapetenhandlung Sadur-Söhne / Gymnasialstraße 14a 11264

Reserviert

Gleiwitz

Das größte führende Unternehmen Oberschlesiens der Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie Walter & Co. Gleiwitz, Wilhelm-, Ecke Markgrafenstraße 11353

St. Anna-Drogerie Drogen, Farben, Chemikalien, Artikel z. Krankenpflege, Spirituosen, Weine 11207 Entsch. Folin, Nikolaistr. 40 Liköre, Krankenweine, Photoartikel Spezialität: Tutogen-Fichtennadel-Badesalz (1/4 Pfund nur 40 Pfennig)

Bobrowsky & Zellner, Gleiwitz, Ring Spezialgeschäft für Manufaktur- und Modewaren, Seiden, Kleiderstoffe, Gardinen, Leinen, Baumwollwaren 11304 Einkaufsquelle der organ. Arbeiterschaft - Mitglied des Rabattsparevereins

Möbel-Kramm Ecke Preiswitzer Neuweltstraße Behn Fachmann kaufen, heißt billig kaufen. Einkaufsquelle d. org. Arbeiter 11308

Georg Gallers Opernstraße 33 ff. Fleisch- und Wurstwaren 11402

Georg Bekker, Plekarscher Straße 7 Groß- und Kleingewerbe, Leder, Damen- und Herren-Wäsche, Manufaktur- und Kurzwaren 11463

Arthur Hensel Karlstraße Nr. 9 11203 Fleischwarenerei

Feine Fleisch- und Wurstwaren ERICH RUDA Plekarscher Straße 4 11287 Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft

Alle Krankenkassenbrillen sorgfältigst und aufmerksam Georg Bache & Co. Gleiwitz, Wilhelmstraße 21 11364 Spezial-Abt.: Foto-Apparate für jeden Bedarf

Gebr. Pawroslo Turmstrasse 7 Fabrikat. fein. Fleisch- u. Wurstwaren 11420

Brillen - Böhm Optiker Wilhelmstr. 24 11461

Brillenoptik-Bornemann das Fachgeschäft für Optik und Photo Inh. Walter Bornemann Staatlich geprüfter Optiker Wilhelmstraße 3 / Fernruf 3927 11294

Sanitätshaus G. Walter Eberstraße 10 Bandagen, Kunstglieder Gummwaren Annahme von Krankenbesuchszertifikaten 11295

Hausfrauen euer Kolonialwaren-Popsum ist Karl Freitag vorm. P. D. Hirsch, Turmstraße 4/6 11309

Hausfrauen! kauft eure Kolonialwaren nur bei August Blusa, Rauer, Ede Lange Str. 11296

Valentin Rudla Fleischmarkt Nr. 1 Mehl / Getreide / Hülsenfrüchte zu den niedrigsten Tagespreisen 11288

E. Robert Dekoration und Bildfabrik Bierstuben Gleiwitz, Kronprinzenstraße 21/23 Telefon 3060 11287

Paul Gorkli Rebermühlstraße 22 / Rost: Fleischmarkt Zigarren - Zigaretten - Tabake 11293

H. Schmidt, Uhren und Goldwaren, Trauring-Ede - Beutgener Straße 2 11301

Hugo Feig, Gleiwitz, Nikolaistraße 29 Manufakturwaren - Leder - Stoffe Seiden - Julets - Blechen Niedrige Preise! Reelle Bedienung! Gegen Ausweis Zettelnahme gestattet! 11303

H. Dausiger // Nikolaistraße 26 Damen-, Badstoff- und Kinderkonfektion Billigste Bezugsquelle für Arbeiter 11305

Hermann Schilling / Uhrmacher Nikolaistraße 21 Reparaturen billig und gut Ein Versuch überzeugt Sie! 11308

Wilhelm Wagner Kolonialwaren: Klosterstraße 17/19 Weine u. Spirituosen: Klosterstr. 11 11291

Hausfrauen! Brot und Konditorwaren bei G. Wahl, Hedwigstraße 2 11292

Hausfrauen! ff. Fleisch- und Wurstwaren bei Hans Riboschil, Tarnowitzer Str. 13 11295

Kurt Bernard, Preiswitzer Straße 10 ff. Fleisch- und Wurstwaren Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft 11297